

Grenzenlos und billig

Die Strategien und Positionen der europäischen Agrar- und Ernährungsindustrie nach der Nahrungsmittelkrise 2007/2008

Haidy Damm

**Studie im Auftrag von Oxfam Deutschland e.V.
in Kooperation mit FIAN Deutschland e.V.**

Dezember 2009

Vorwort

Im April 2008 gingen die Bilder von protestierenden Menschen um die Welt, die auf die Straße gegangen waren, weil sie sich sogar Grundnahrungsmittel nicht mehr leisten konnten. Die Preise für Nahrungsmittel auf dem Weltmarkt waren explosionsartig gestiegen. Nach langer Zeit stand das Thema Hungerbekämpfung wieder im Mittelpunkt der öffentlichen und politischen Debatte. Aufgrund der Nahrungsmittel-, Finanz- und Wirtschaftskrise ist die Zahl der Hungernden mittlerweile auf eine Milliarde Menschen angestiegen.

Wie kein Ereignis zuvor hat die Nahrungsmittelkrise das Vertrauen in das Funktionieren der globalen Agrarmärkte bis ins Mark erschüttert. Neue Entwicklungen machen dies deutlich: Die Golfstaaten, China und andere Akteure erwerben große Landflächen in Afrika und Asien, um Nahrungsmittel für ihren eigenen Bedarf anzubauen. Sie wollen sich so vor zukünftigen Angebotsengpässen auf dem Weltmarkt schützen. Unternehmen versuchen dasselbe. Der südkoreanische Konzern Daewoo wollte in Madagaskar 1,3 Millionen Hektar Land für 99 Jahre pachten, musste aber nach heftigen Protesten zurückstecken. Neben der Pacht bzw. dem Kauf von Anbauflächen im Ausland sind die Spekulation auf den Rohstoffmärkten sowie die steigende Attraktivität von Ackerland als Geldanlage Vorboten einer von höheren Nahrungsmittelpreisen geprägten Zukunft.

Die großen Agrar- und Lebensmittelkonzerne und die Supermarktketten zählen zu den Gewinnern der Nahrungsmittelkrise. Allerdings ging die Krise auch an der Agrar- und Ernährungsindustrie nicht spurlos vorbei. In der vorliegenden Untersuchung „Grenzenlos und billig“ skizziert Haidy Damm, wie die europäische Industrie auf die Nahrungsmittelkrise reagiert hat. Dabei stützt sie sich auf die Auswertung der einschlägigen Fachpresse und auf Selbstauskünfte (Jahresberichte, Vorträge, Pressemitteilungen etc.), darunter Interviews mit fünf Dachverbänden der europäischen Agrar- und Ernährungsindustrie.

Wir danken Haidy Damm für diese Studie, deren Ergebnisse in die Planung und Schwerpunktsetzung von Oxfams Kampagnenarbeit für eine gerechte Welt ohne Hunger und Armut einfließen werden.

Dr. Jörn Kalinski
Leiter Kampagnen
Oxfam Deutschland e.V.

Impressum

Herausgeber:

© Oxfam Deutschland 2009
Oxfam Deutschland e.V., Greifswalder Str. 33a
10405 Berlin • Tel.: 030-42 85 06 21 • info@oxfam.de
V.i.S.d.P.: Paul Bendix

Autorin:

Haidy Damm, freie Journalistin

Redaktionelle Bearbeitung:

Marita Wiggerthale,
Julia Jahnz,
Armin Paasch

Layout:

ComWeiter

Diese Studie wird gefördert vom Sektorvorhaben Welternährung von BMZ und GTZ. Hier vertretene Standpunkte stellen in keiner Weise die offizielle Meinung der Förderer dar.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	2	
Impressum	2	
Inhaltsverzeichnis	3	
Abkürzungen	4	
1	Einführung	5
2	Die wichtigsten Trends in der Ernährungsindustrie	6
2.1	Produktionssteigerungen durch Gentechnik und Nanotechnologie	6
2.2	Liberalisierung – bilaterale Verhandlungen statt WTO	7
2.3	Landnahme	8
3	Positionen der vorgelagerten Industrie	9
3.1	Die European Seed Association	9
3.2	Die Agrarchemie-Industrie	10
3.3	Die Mischfutterindustrie	12
4	Die weiterverarbeitende Ernährungsindustrie	14
4.1	Der Dachverband der europäischen Ernährungs- und Getränkeindustrie	14
4.2	Die milchverarbeitende Industrie und der Milchhandel	15
5	Der Lebensmittelhandel	16
5.1	CELCAA, das Liaison-Komitee für den Lebensmittelhandel	16
5.2	Der Getreide- und Ölsaatenhandel	16
5.3	Der Fleischhandel	17
5.4	Der Obst- und Gemüsehandel	18
6	Die multinationalen Lebensmittelkonzerne	19
6.1	EuroCommerce	20
6.2	Die deutsche Ernährungsindustrie	21
7	Die Rolle der EU	21
7.1	Die EU-Kommission	21
7.2	Advisory Groups und andere Lobbyarbeit	22
7.3	High Level Group on the Competitiveness of the Agro-Food Industry	23
8	Abschließende Bemerkungen	24
9	Literaturverzeichnis	26

Abkürzungen

AVEC	Vereinigung der Geflügelschlachtereien und des Geflügelhandels der EU (Association de l'Aviculture, de l'Industrie et du Commerce de Volaille dans les Pays de l'UE)
BVE	Bundesvereinigung Deutscher Ernährungsindustrie
CELCAA	Liaison-Komitee für die Lebensmittelhändler (European Liaison Committee for the Agricultural and Agri-Food Trade)
CIAA	Dachverband der Europäischen Ernährungs- und Getränkeindustrie (Confédération des Industries Agro-Alimentaires de l'UE)
Coceral	Dachverband Europäischer Getreide- und Ölsaatenhändler (Comité du Commerce des céréales, aliments du bétail, oléagineux, huile d'olive, huiles et graisses et agrofournitures)
COPA- COGECA	Vereinigung der Landwirte und ihrer Genossenschaften in der Europäischen Union (Comité des organisations professionnelles agricoles- Comité général de la coopération agricole de l'Union européenne)
CTA	Technisches Zentrum für landwirtschaftliche und ländliche Kooperation zwischen den AKP-Ländern und der EU (Centre technique de coopération agricole et rurale)
ECOSOC	Rat der Vereinten Nationen für wirtschaftliche und soziale Rechte (Economic and Social Council)
ESA	Europäische Saatgutvereinigung (European Seed Association)
ELO	Verband der europäischen Grundbesitzer (European Landowners' Organisation)
EDA	Europäischer Milchindustrieverband (European Dairy Association)
EUCOLAIT	Verband des Europäischen Milchhandels (European Dairy Traders)
EFMA	Vereinigung der Kunstdüngerhersteller (European Fertilizer Manufacturers Association)
FEFAC	Europäischer Verband der Mischfutterindustrie (Fédération Européenne de Fabricants D'Aliments Composés)
FAO	Welternährungsorganisation der Vereinten Nationen (Food and Agriculture Organization of the United Nations)
Freshfel	Verband der Europäischen Obst- und Gemüsehändler (European Fresh Produce Association)
GVO	Gentechnisch veränderte Organismen
HLG	Hochrangige Gruppe zur Wettbewerbsfähigkeit der Agrar- und Ernährungsindustrie (High Level Group on the Competitiveness of the Agro-Food Industry)
INSM	Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (Arbeitgeberinitiative)
KMU	Kleine und mittelständische Unternehmen
OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Organisation for Economic Cooperation and Development)
TAB	Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag
UECBV	Dachverband Europäischer Fleischhändler (Union Européenne du Commerce du Bétail et de la Viande)
UNEP	Umweltprogramm der Vereinten Nationen (United Nations Environment Programme)
WTO	Welthandelsorganisation (World Trade Organisation)
WWF	Umweltschutzorganisation (World Wide Fund For Nature)

1 Einführung

„Die Ära der billigen Lebensmittel ist vorbei“, konstatierte das britische Wirtschaftsblatt *The Economist* im April 2008. Und Joachim von Braun, Generaldirektor des International Food Policy Research Institutes (IFPRI), erläuterte: „Die globale Landwirtschaft ist in eine neue, unsichere und politisch riskante Periode eingetreten.“ (The Economist, 19.4.2008)

Ende 2007 begann die Nahrungsmittelkrise: Weltweit stiegen die Nahrungsmittelpreise stark an. (Siehe Grafik) Für viele Menschen wurden sogar Grundnahrungsmittel unbezahlbar. Dies führte, von Asien über Afrika bis in die Karibik, zu gewaltsamen Protesten. Als Folge der Nahrungsmittelkrise, aber auch der Finanz- und Wirtschaftskrise ist die Zahl der Hungernden weiter gestiegen – mittlerweile auf eine Milliarde Menschen. Ihr fundamentales Menschenrecht auf Nahrung wird nicht respektiert.

Grafik: Entwicklung der Lebensmittelpreise



Quelle: <http://www.fao.org/worldfoodsituation/en/>

Wie kam es zu dem plötzlichen Preisanstieg? Die Ursachen für die Preissteigerungen bei Agrarrohstoffen sind komplex. Es gibt nicht den einen Faktor, der alles erklären würde. Zu den langfristigen Trends und strukturellen Problemen – steigende Nachfrage in Schwellenländern, Vernachlässigung der einheimischen Grundnahrungsmittelproduktion, Liberalisierung der Agrarmärkte durch IWF, Weltbank und Handelsabkommen, geringe Investitionen in die Landwirtschaft – kommen kurzfristige Entwicklungen. Dazu gehören die Einführung von Exportbeschränkungen, der Anstieg des Ölpreises 2007/2008 und der Düngemittelpreise, die Nahrungsmittelspekulation, der Verfall des Dollarkurses, schlechte Ernten sowie die Förderung von Agrartreibstoffen.

Genauso beispiellos wie der Anstieg der Nahrungsmittelpreise war auch ihr Fall. So sind seit März 2008 die Weizenpreise um 50 % und seit Mai 2008 die Maispreise um 40 % gefallen. (USDA 2008) Dieser Preisrückgang ist zum einen auf teilweise gute Ernten, zum anderen auf den Abzug spekulativen Kapitals aus den Rohstoffmärkten zurückzuführen. Dennoch lagen beispielsweise im Oktober 2008 die Nahrungsmittelpreise noch 28 % über dem Niveau von Oktober 2006. (FAO 2008)

Ernährungssicherheit ist zu einem wichtigen politischen Thema geworden. Nicht nur für Regierungen und internationale Institutionen; auch die Agrar- und Ernährungsindustrie will die Weichen für die Zukunft stellen. Sie sieht sich zunehmend mit starken Preisschwankungen (Preisvolatilität) bei Rohstoffen konfrontiert.

Die Europäische Union ist weltweit der größte Exporteur von Agrarprodukten. (COM 2007) Die Entwicklung ihrer Agrar- und Handelspolitik ist folglich von globaler Bedeutung. Der europäischen Agrar- und Ernährungsindustrie kommt dabei als Akteur eine besondere Rolle zu. Ihre Strategien und Positionen werden das Handeln der Europäischen Union auf dem Weltmarkt wesentlich bestimmen. Die Studie „Grenzenlos und billig“ beschäftigt sich mit den Fragen, wie die europäische Ernährungsindustrie auf die Nahrungsmittelkrise reagiert hat, welche Strategien und Entwicklungen sich abzeichnen und vor welchen Herausforderungen die Ernährungsbranche steht.

2 Die wichtigsten Trends in der Ernährungsindustrie

Die Nahrungsmittelkrise trifft die europäische Ernährungsindustrie in unterschiedlicher Weise, es gibt jedoch einige Anliegen und Entwicklungen, die allen Unternehmen der Branche gemein sind.

Einen hohen Stellenwert hat die Sicherung der Rohstoffversorgung. Neben Produktivitätssteigerung durch Biotechnologie (insbesondere Gentechnik) setzen viele Unternehmen auf zunehmend liberalisierte Märkte, um ihre Position zu stärken und zu verbessern. Da die Gespräche im Rahmen der Doha-Welthandelsrunde immer wieder scheitern, liegt das Augenmerk der Ernährungsindustrie auf bilateralen Verhandlungen, etwa mit Indien, China, Kolumbien und Südostasien.

Dass Regierungen selbst oder über private Unternehmen außerhalb ihrer Staatsgrenzen Land erwerben, wird von der europäischen Agrar- und Ernährungsindustrie bisher kritisch betrachtet. Allerdings scheinen direkte Investitionen in Land für die Konzerne selbst an Attraktivität zu gewinnen.

2.1 Produktionssteigerungen durch Gentechnik und Nanotechnologie

Die durch die Krise ausgelöste Debatte über weltweite Ernährungssicherheit kam Gentechnik-Befürwortern sehr gelegen. An der Gentechnik führe „kein Weg vorbei“, behauptete Joachim von Braun auf einer Pressekonferenz, die das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung am 21. April 2008 anlässlich der hohen Nahrungsmittelpreise gab. „Wir brauchen Ertragssteigerungen, woher sollen wir die sonst nehmen?“, fragte er die versammelten Journalist/innen. Die Agrar- und Ernährungsindustrie hat ihre Lobbyarbeit auf diesem Gebiet intensiviert und versucht auf allen politischen Ebenen ihre Pro-Gentechnik-Position strategisch zu stärken.

Innerhalb der europäischen Agrar- und Ernährungsindustrie hat sich eine breite Koalition gebildet, welche die Nahrungsmittelkrise nutzen will, um die Anwendung von Gentechnik und die Verwertung gentechnisch veränderter Organismen innerhalb Europas voranzutreiben: Ernährungsindustrie, Getreidehändler, Fleischproduzenten und Futtermittelindustrie drängen gemeinsam mit der Saatgutbranche und der Agrarchemie auf eine Berücksichtigung „wissenschaftlicher Argumente“ für Gentechnik, „auch wenn diese nicht mit der öffentlichen Meinung übereinstimmen“. (CIAA 2008a)

In Deutschland hat sich die Arbeitgeberinitiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) unter dem Motto „Soziale Ideen zur Sicherung der weltweiten Ernährung“ in die Debatte eingebracht. Sie fordert eine Steigerung der Produktivität und eine stärkere Nutzung der „grünen“ Gentechnik. Auch die INSM zitiert von Braun: „Wenn zum Beispiel die Reisfelder in Bangladesch überschwemmt werden, ertrinkt der Reis

regelrecht. Es gibt nun einen veränderten Reis, der ihn wie eine Schilfpflanze überleben lässt. Von solcher grünen Gentechnik, die den Standort sichert, versprechen wir uns am meisten.“ Allerdings muss der Wissenschaftler einschränken: „Hoffnungen auf schnelle Ertragssteigerungen allein durch Gentechnik wären übertrieben.“ (INSM 2008)

Dabei ist der Nutzen der Gentechnik für die Welternährung laut einer jüngeren Studie im Auftrag des Deutschen Bundestags wissenschaftlich bisher nicht belegt. 99,9 Prozent der gentechnischen Veränderungen entfallen demnach auf Soja, Mais, Baumwolle und Raps und dienen vor allem der Produktion von Futtermitteln, Textilien und Agrartreibstoffen. „Ein Anbau für die Ernährungssicherung oder für lokale Märkte spielt insgesamt kaum eine Rolle.“ (TAB 2008) Sorgen bereiten dagegen die ökologischen und sozioökonomischen Risiken. 200.000 indische Baumwollfarmer haben in den letzten Jahren aufgrund auswegloser Verschuldung Selbstmord begangen. Der UN-Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte kam im April 2008 zu dem Schluss, dass die Verschuldung durch überteuertes GVO-Saatgut von multinationalen Unternehmen verschärft worden war. (ECOSOC 2008)

Wie erfolgreich die Strategie der Gentechnik-Befürworter angesichts der Nahrungsmittelkrise ist, belegen zahlreiche Presseberichte, wie beispielsweise der Artikel „Hunger nach Renditen“ im Magazin *Focus Money*. Dort übernimmt der Autor die Argumente der Gentechnik-Befürworter: Es werde „ohne Gentechnik nicht abgehen. Angesichts hungernder Massen in der Dritten Welt muten europäische Denkverbote und Forschungsbeschränkungen wie eine Luxus-Diskussion an“. (Focus 2008b)

Die größten Gentechnik-Befürworter sind Saatgutindustrie, Agrarchemie, Fleischhandel, Zucht, Verarbeitung und Handel von Geflügel, Getreidehandel, Mischfutterhersteller sowie Lebensmittel- und Getränkeindustrie. Eher neutral verhalten sich Milchindustrie und -handel, während der Obst- und Gemüsehandel kaum Interesse an diesem Thema hat.

Noch unbestimmt ist dagegen die Meinung zum Einsatz von Nanotechnologie¹. In der Agrarchemie wird das Thema zwar besprochen, allerdings nicht mit dem gleichen Nachdruck wie bei der Gentechnik. So meint der multinationale Saatgut-Konzern Syngenta zu Potenzialen und Grenzen: „Bei den meisten Nanotechnologie-Anwendungen für das Agrobusiness handelt es sich um entstehende Konzepte. Sie müssen sich erst noch in der Praxis bewähren. [...] Dennoch wird die Weiterentwicklung der Nanotechnologie neue Kenntnisse und Chancen liefern und auch für die Landwirtschaft und die Nahrungsmittelproduktion völlig neue Einsatzmöglichkeiten eröffnen.“ (Syngenta 2008c)

2.2 Liberalisierung – bilaterale Verhandlungen statt WTO

Der Ruf nach einer Liberalisierung der Märkte wurde im Zuge der Nahrungsmittelkrise mit Nachdruck erneuert. So forderte der *Economist* im Frühjahr 2008, die Regierungen sollten „die Märkte liberalisieren, statt weiter in sie einzugreifen“. (The Economist 2008) Trotz der großen sozialen Risiken, die mit einer hohen Abhängigkeit vom Weltmarkt verbunden sind, setzt die Agrar- und Ernährungsindustrie weiter auf Freihandel und Marktöffnung und wendet sich gegen protektionistische Maßnahmen einzelner Regierungen. Dabei zieht sie die verschiedenen bilateralen Verhandlungen der EU den multilateralen Verhandlungen innerhalb der WTO vor. Letztere werden überwiegend als theoretisch erwünscht, aber in der Praxis zu langwierig und zu technisch orientiert beurteilt.

¹ Nanotechnologie ist die populärwissenschaftliche Bezeichnung für Forschung in verschiedenen Fachgebieten, die sich mit Strukturen im Nanometer-Bereich beschäftigt.

Diese handelspolitische Strategie wurde auch von der High Level Group on the Competitiveness of the Agro-Food Industry (HLG), einer hochrangigen Gruppe von Vertreter/innen der EU-Kommission, der Mitgliedsstaaten und der europäischen Wirtschaftsverbände unter der Leitung des damaligen EU-Kommissars Günter Verheugen, bestätigt. Am 17. März 2009 stellte die HLG ihren Bericht zur Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Agrar- und Ernährungsindustrie vor. Darin heißt es: „Der bilaterale Ansatz ist ein bedeutendes Instrument, um neue Märkte für europäische Lebensmittel zu öffnen und die Wachstumsmöglichkeiten zu nutzen, die hierdurch eröffnet werden. Bilaterale Abkommen sind einfacher zu implementieren und können Probleme besser lösen als multilaterale Rahmenabkommen.“ (HLG 2009)

Um die internationale Wettbewerbsfähigkeit beim gleichzeitigen Abbau der EU-Exportsubventionen weiter zu fördern, werden neue Möglichkeiten zur Unterstützung der Industrie gesucht. Der HLG-Bericht führt die gewünschten politischen Rahmenbedingungen auf: flexible Arbeitsmärkte, Abbau von staatlicher Regulierung sowie von Handelshindernissen, Sicherung des Zugangs zu Rohstoffen und Zugriff auf landwirtschaftliche Rohstoffe zu „den besten Konditionen“. (HLG 2009) Die Ernährungsindustrie zeigt sich mit den Empfehlungen der High Level Group überwiegend einverstanden.

Auf eine Liberalisierung der Märkte in Drittländern drängen vor allem der Verband der europäischen Lebensmittel- und Getränkeindustrie, der Lebensmittelhandel (CELCAA), der Fleischhandel und der Obst- und Gemüsehandel. Bilaterale Verhandlungen statt WTO befürworten insbesondere der europäische Einzelhandel, der Obst- und Gemüsehandel und die Milchindustrie.

2.3 Landnahme

Eine neue Strategie zur Sicherung von Ressourcen ist die Landnahme², also der Kauf oder die langjährige Pacht großer Landflächen durch Regierungen und multinationale Unternehmen.³ Auf der Grundlage von Medienberichten schätzen Experten, dass auf diese Weise bereits 15 bis 20 Millionen Hektar Ackerland erworben wurden. Und diese Zahlen beruhen nach Meinung der Nichtregierungsorganisation GRAIN auf relativ konservativen Schätzungen (IPS 2009). Der Aufkauf von Land stellt eine Reaktion auf die Nahrungsmittel- und Finanzkrise dar: „Nach den spekulativen Preis-Turbulenzen haben die Länder das Vertrauen in den Markt verloren. Anstatt von Agrarhandel und Spekulationen abhängig zu sein, wollen sie die Produktion kontrollieren und damit ihre Importe sichern.“ (Hoering 2009) Zwar wurde schon früher von Unternehmen und Regierungen Land aufgekauft, allerdings nicht in diesem Ausmaß. Neu ist aber, dass sich die Landnahme auch auf die Produktion von Grundnahrungsmitteln konzentriert. (Hoering 2009)

Bisher haben vor allem Regierungen und Unternehmen aus folgenden Ländern Land gekauft oder gepachtet: Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate, Japan, China, Süd-Korea, Malaysia, Indien, Libyen und Ägypten.⁴ Zu den wichtigsten Zielländern gehören Uganda, der Sudan, Mosambik, Kenia, Brasilien, Pakistan, Kambodscha, Indonesien und die Philippinen (Berguerand 2009).

Regierungen spielen über ihre Entwicklungsbanken und staatlichen Fonds sowie durch politische Vermittlungstätigkeit hierbei oft eine Schlüsselrolle. Doch auch private Großinvestoren sind beteiligt. So zeigen auch Goldman Sachs, Morgan Stanley oder die Deutsche Bank⁵ inzwischen Interesse am Landerwerb. Das britische Unternehmen Cru Investment Management handelt mit privaten Investitionen in die afrikanische Landwirtschaft und verspricht Erträge von 30 bis 40 Prozent. Das US-Unternehmen Black Rock

² Ausführliche Informationen und aktuelle Entwicklungen findet man auf <http://farmlandgrab.org>.

³ Zu den Auswirkungen auf die ländliche Entwicklung und den Zugang zu Land siehe auch CTA 2009.

⁴ Auch innerhalb von Afrika wechselt Land seine Besitzer/innen. So bot die Republik Kongo zehn Millionen ha Land für 99 Jahre südafrikanischen Farmern zur Pacht an. (taz, 10. April 2009)

⁵ Goldman Sachs und die Deutsche Bank haben nach einem Bericht der NGO Grain vom Oktober 2008 Geld in der chinesischen Fleischindustrie – Schweine- und Geflügelzucht, Schlachtereien – angelegt und die dazugehörigen Landrechte erworben. Vgl. http://www.grain.org/briefings_files/landgrab-2008-en.pdf.

legte einen Hedgefonds Landwirtschaft auf. Im März 2009 kaufte Terra Firma, ein privater Anleger mit Sitz in London, 90 Prozent der Anteile des australischen Rinderzüchters Consolidated Pastoral Company. Die Liste der privaten Investoren ist lang.

In der europäischen Agrar- und Ernährungsindustrie wird das Thema zurückhaltend diskutiert. Landnahmen werden wegen der zunehmenden Flächenkonkurrenz kritisch gesehen. Zudem fürchtet man die politischen Auswirkungen, beispielsweise gewaltsame Konflikte in den betreffenden Regionen. So sagte der frühere EU-Agrarkommissar Franz Fischler auf dem Forum der Agrarchemie zur Zukunft der Europäischen Landwirtschaft am 17. März 2009 in Brüssel: „Man kann sich gut vorstellen, was für politische Probleme auftauchen könnten, wenn in einem Land, das Boden an eine ausländische Regierung verpachtet hat, eine Hungersnot ausbräche, während reiche Ausländer die dort produzierten Nahrungsmittel für ihre wohlhabenderen und besser genährten Landsleute exportierten.“ (Fischler 2009) Momentan sieht es nicht so aus als würde die europäische Agrar- und Ernährungsindustrie die Strategie der Landnahme offensiv vorantreiben. Ob das so bleibt, ist allerdings abhängig von der weiteren globalen Entwicklung.

Das Zusammentreffen von Nahrungsmittel- und Finanzkrise macht die Agrarflächen zu neuen strategischen „Aktivposten“, also zu lukrativen Anlagemöglichkeiten. Jacques Berguerand konstatiert in *Archipel – Monatszeitung des Europäischen Bürgerforums*, dass Nahrungsmitteltrusts (Cargill, Dreyfus, Bunge, Dol, Chiquita und Pokphand) „angesichts der Verschärfung der Finanzkrise nach neuen Profiten suchen und große Chancen beim Ankauf von landwirtschaftlichen Böden im Ausland wittern“. (Berguerand 2009)

Im folgenden Kapitel werden die Bewertungen der Nahrungsmittelkrise aus Sicht der unterschiedlichen Akteure im Einzelnen dargestellt. Da die vorgelagerte Industrie, die Ernährungsindustrie, der Lebensmittelhandel und der Einzelhandel unterschiedlich von der Nahrungsmittelkrise betroffen sind, gibt es auch entsprechende Unterschiede zwischen den jeweiligen Forderungen und Strategien. Die Fragen sind: Welche großen Herausforderungen sehen die einzelnen Akteure? Und wo agieren sie gemeinsam?

3 Positionen der vorgelagerten Industrie

3.1 Die European Seed Association

Die European Seed Association (ESA) vertritt die Saatgutindustrie auf europäischer Ebene. Diese Branche ist seit Jahren treibende Kraft für die Verwendung von Gentechnik in der Landwirtschaft. Durch die neu entstandene Diskussion über Ernährungssicherheit sieht ESA eine Möglichkeit, langfristig die Akzeptanz für Gentechnik zu verbessern: „Es gibt einen neuen Fokus auf Agrartechnologie, um die Gewinne und die Qualität der Produkte zu steigern, was in der Vergangenheit vernachlässigt wurde. [...] Produzenten sollten dabei unterstützt werden, qualitativ hochwertiges Saatgut zu verwenden, und eine Harmonisierung der Regulierungen für gentechnisch verändertes Saatgut innerhalb der Europäischen Union ist überfällig.“ (ESA-SOF, 15.10.2008)

Direkte politische Ziele innerhalb der EU sind Regelungen jenseits der bisherigen Null-Toleranz-Politik⁶ für Saatgut, das unabsichtlich durch gentechnisch veränderte Organismen (GVO) verunreinigt wurde, sowie schnellere Zulassungsverfahren für neue gentechnisch veränderte Pflanzen.

⁶ Nach EU-Recht dürfen GVO, die in der EU nicht zugelassen sind, weder in Lebens- noch in Futtermitteln enthalten sein – auch nicht Spuren davon.

Die ESA hat hierfür einen „Call for Action“ ausgerufen. Darin heißt es: „Die zehnjährige Inaktivität hat den europäischen Markt für Saatgut ernsthaft beschädigt und der technischen und wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Saatgutunternehmen sowie der Saatgut produzierenden Landwirte geschadet.“ (ESA 2009)

Zu den Verlierern der Nahrungsmittelkrise gehört die Saatgutbranche allerdings nicht. Die steigenden Nahrungsmittelpreise haben zu höheren Umsätzen geführt, da Landwirte – mit der Absicht, größere Ernten und Verkaufserlöse zu erzielen – mehr in Saatgut investierten. Syngenta-Chef Mike Mack bestätigt: „2008 war ein außergewöhnliches Jahr für die Landwirtschaft: Die Anbauflächen wurden ausgedehnt und die Einführung neuer Technologien beschleunigt. Landwirte auf der ganzen Welt investierten in den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln und setzten vermehrt hochwertiges Saatgut ein.“ (Syngenta 2009a)

Die ESA geht davon aus, dass die Strategie der Landnahme für ihre Unternehmen zukünftig keine entscheidende Rolle spielen wird, auch wenn es auf lokaler Ebene zur Konkurrenz um Produktionsflächen kommen kann.

3.2 Die Agrarchemie-Industrie

Die großen Konzerne der Agrarchemie – Syngenta, Bayer und BASF – gehören zu den Hauptprofiteuren der Nahrungsmittelkrise. Für diese Unternehmen stellt sie eine große Chance dar, ihre Ziele voranzubringen. Entsprechend selbstbewusst präsentieren sie sich auf zum Teil selbst organisierten Konferenzen und in der sonstigen Öffentlichkeit.

Ein Beispiel ist **Syngenta**: Gemeinsam mit den Europäischen Landbesitzern (European Landowners' Organization – ELO) hat der Konzern bisher zwei Foren zur Zukunft der Landwirtschaft⁷ ausgerichtet. Zu den dort genannten Herausforderungen zählt „die Versorgung der wachsenden Weltbevölkerung mit Nahrung. Da landwirtschaftlich nutzbare Flächen begrenzt sind, müssen die Erträge der bereits genutzten Anbauflächen nachhaltig gesteigert werden“. (Syngenta 2008d)

Auf dem ersten Forum richtet John Atkin, Geschäftsführer bei Syngenta, seinen Fokus auf konzentrierte Zusammenarbeit, „um gemeinsam einen fortschrittlichen Ansatz für die Politik und die bisherigen Regelungen in der EU zu entwickeln, der auf wissenschaftlichen Erkenntnissen beruht, der Landwirte mit den Instrumenten ausstattet, die sie brauchen und der Innovationen für die landwirtschaftlichen Technologien der Zukunft fördert“. (Syngenta 2008b) Stattdessen entferne sich Europa jedoch immer weiter von „wissenschaftlich basierten“ Entscheidungen.

Syngenta geht es wirtschaftlich gut, wie dem Rest der Branche: Der Konzern kann auf hohe Gewinne zurückblicken und erwartet diese auch in der Zukunft. Der neue Firmenchef, Mike Mack, zeigte sich zufrieden: „2007 war ein herausragendes Geschäftsjahr und ist geprägt von einer Trendwende auf den weltweiten Agrarmärkten. Nach mehreren Jahren, in denen die Nachfrage größer war als die landwirtschaftliche Produktion, sind die Lagerbestände wichtiger Produkte auf ein Rekordtief gefallen, was zu einem starken Preisanstieg landwirtschaftlicher Erzeugnisse führte.“ Dies habe die Produzenten veranlasst, verstärkt in ihre Anbaumethoden zu investieren, um die Ernteerträge zu steigern. Wegen der begrenzten landwirtschaftlich nutzbaren Fläche werde zunehmend eingeräumt, dass die wachsende Nachfrage nach Nahrungs- und Futtermitteln, insbesondere in Schwellenländern, sowie nach Agrartreibstoffen nur durch weitere Ertragssteigerungen gedeckt werden könne. (Syngenta 2008e)

⁷ „1st Forum for the Future of Agriculture – Debate on the Objectives for European Agriculture in the XXIst Century“, Brüssel, 27. März 2008. Ein zweites Forum fand im März 2009 in Brüssel statt.

Auch Syngenta-Präsident Martin Taylor zeigt sich auf der Ordentlichen Generalversammlung der Syngenta AG am 22. April 2008 in Basel zufrieden: „Die weltweit gestiegene Nachfrage nach Nahrungsmitteln hat sich im vergangenen Jahr auf unseren Geschäftsverlauf sehr positiv ausgewirkt.“⁸ Allerdings, so erklärt er, hätten sich die Rahmenbedingungen für viele Menschen in der Welt deutlich verschlechtert – vor allem in den am wenigsten entwickelten Ländern. Nach dieser Feststellung wiederholt er die altbekannte Sichtweise der Industrie: „Gleichzeitig stehen wir aber – vor allem in Europa – immer wieder einer grundlegenden Technologiefeindlichkeit gegenüber. Der Nutzen und die Vorteile moderner Pflanzenschutzprodukte werden bezweifelt, ignoriert und abgelehnt. Ihr Gebrauch wird aus politischen Gründen zunehmend eingeschränkt, obwohl diese Produkte – genauso wie Arzneimittel – eingehend wissenschaftlich untersucht wurden, durch die zuständigen Behörden geprüft und zugelassen sind und ihre Sicherheit durch langjährigen Gebrauch nachgewiesen ist. Dies gilt für die zahlreichen Produkte im chemischen Pflanzenschutz ebenso wie für gentechnisch verändertes Saatgut. Wir halten die Ablehnung moderner Technologien in Europa angesichts der Notwendigkeit einer steigenden Produktivität für grundlegend falsch – vor allem, wenn man zugleich in Betracht zieht, dass die Europäische Union inzwischen bei zahlreichen landwirtschaftlichen Gütern, wie zum Beispiel Getreide, auf Importe angewiesen ist.“ (Syngenta 2008a)

Der Blick des Konzerns richtet sich auch auf die kleinbäuerliche Landwirtschaft. So schreibt Marco Ferroni von der Syngenta-Stiftung: „Die wichtigste vernachlässigte Gruppe sind die Kleinbauern in Entwicklungsländern, d. h. die mindestens 400 Millionen Betreiber von weniger als zwei Hektar Land, die bei einer angenommenen Haushaltstärke von fünf Personen beinahe ein Drittel der Weltbevölkerung ausmachen. Ohne den Einbezug der Kleinbauern kann die globale Nahrungsmittelkrise nicht bleibend entschärft werden. Es bedarf sowohl der Produktionssteigerung seitens dieser Gruppe als auch der Einkommensverbesserung zur Stärkung ihrer Kaufkraft, denn die meisten Kleinbauern sind Nettokäufer von Nahrungsmitteln.“ (Ferroni 2008)

Syngenta setzt außerdem auf Agrartreibstoffe. Auf dem Forum zur Zukunft der europäischen Landwirtschaft sagte John Atkin: „Die steigenden Kosten für Öl, der Angebotsmangel und die Umweltauswirkungen durch dessen Förderung und Konsum zeigen, dass erneuerbare Energien gebraucht werden. Die einzigen wirklich erneuerbaren Energiequellen, die wir haben, sind Pflanzen. Also müssen wir die aktuelle Entwicklung von Biotreibstoffen unterstützen.“ (Syngenta 2008b)

Das Unternehmen **Bayer CropScience AG** fordert eine „zweite grüne Revolution“. Denn: „Wir werden immer mehr! Bereits 2012 steigt die Weltbevölkerung voraussichtlich über die Sieben-Milliarden-Marke. Im Jahr 2025 soll sie gar schon acht Milliarden Menschen erreichen. Das rasante Bevölkerungswachstum findet dabei in den Entwicklungsländern statt. Schon heute leben dort über 80 Prozent aller Menschen. Und gerade dort fehlt es an ausreichend Nahrung. [...] Das große Problem: die Anbauflächen für Weizen, Reis oder Hirse lassen sich kaum noch ausdehnen. Schon jetzt ist in manchen Teilen Asiens der letzte irgendwie nutzbare Berg durch Felder und Reisterrassen bedeckt. Auch in vielen Regionen Afrikas ist die Ausweitung der Äcker nahezu unmöglich.

⁸ Trotz der weltweiten Wirtschaftskrise kann Martin Taylor Positives vermelden: „I am pleased to report that your company successfully navigated through those choppy waters and delivered an outstanding financial performance with sales up 21% and earnings per share 42% higher.“ An die Politik gerichtet mahnt er: „We also need the right regulatory framework and an effective system of global trade. This is where the actions of governments in the coming years will shape our collective ability to succeed. Policy makers must ensure that regulations are science-based and focused on efficacy and safety, not myth, conjecture and political opinion.“ Und: „Policy makers must also develop a system of trade that does not lead to distortions of production, restrictions on exports and limitations on supply. If technology in the right regulatory framework can address the production issue, then a coherent and consistent approach to global trade can go a long way to ensuring that the food produced ends up in the right place at the right price.“ Quelle: http://www.syngenta.com/en/media/pdf/presentations/MT_AGM_speech_2009_EN.pdf.

Ein weiteres Problem: Weltweit registrieren Meteorologen immer häufiger extreme Wetterereignisse – ausbleibende oder verschobene tropische Regenfälle ebenso wie auffällige Strömungsphänomene in den Ozeanen. Bekanntes Beispiel: El Niño. Alle drei bis sechs Jahre verwüsten sintflutartige Regengüsse ganze Landstriche in Südamerika, die Wetterkapriolen führen zu Dürren in Südafrika, Indonesien, Australien und Frost in Florida – mit riesigen Ernteausschlägen für die Landwirte.“ (Bayer 2008)

Nach diesem Katastrophenszenario kommt die Agrarchemie ins Spiel: „Wir müssen zwingend die landwirtschaftliche Produktion effizienter machen – und zwar nachhaltig“, so der Vorstandsvorsitzende von Bayer CropScience, Friedrich Berschauer. Für ihn ist die Biotechnologie ein unverzichtbares Werkzeug, um die Ernährung der Weltbevölkerung in Zukunft zu sichern. Er schreibt: „Die Frage des verantwortungsvollen Einsatzes grüner Gentechnik ist zugleich eine moralische Verpflichtung, Lösungen für eine langfristige Sicherung von Ernährung und Agrarressourcen zu suchen.“ (Berschauer 2009). Auf der Lehman Brothers⁹ Global Chemical Industry Leaders Conference konstatierte Rüdiger Scheitza, Mitglied im Vorstand der Aktiengesellschaft: „Die steigende Nachfrage nach Lebensmitteln, Futtermitteln, Fasern und Bioenergie lässt die Rohstoffpreise in die Höhe schnellen ... [und] ... führt zu einer gesteigerten Akzeptanz und Verbreitung von transgenem Saatgut.“ (Bayer 2008)

Ähnlich wie Bayer CropScience sieht auch die Agrarchemiesparte von **BASF**¹⁰ weiterhin gute Wachstumschancen. Sie konnte 2008 insgesamt einen Umsatzzuwachs von neun Prozent verzeichnen, in Asien sogar von 16 Prozent. Für 2009 erwartete der Konzern in der gesamten Sparte Agrarchemie ein weiteres Wachstum von 17 Prozent. Und das Unternehmen Monsanto sieht seine Popularität wachsen, gerade weil es gentechnisch verändertes Saatgut verkauft. Der Konzern erwartet hohe Gewinne. (The Economist 2009b)

Zusammenfassend lässt sich also festhalten, dass die Saatgut- und Agrarchemieindustrie nicht nur finanziell von der Nahrungsmittelkrise profitiert hat, sie sieht darin auch gute Chancen, das Thema Gentechnik voranzutreiben.

3.3 Die Mischfutterindustrie

Nach Angaben des Europäischen Verbandes der Mischfutterindustrie, FEFAC, belief sich die Mischfutterproduktion der 27 EU-Mitgliedsstaaten im Jahr 2007 insgesamt auf 149,8 Mio. Tonnen – 3,4 Prozent mehr als 2006. Hierbei handelt es sich um die größte jährliche Zuwachsrate der vergangenen 20 Jahre. Schlüsselfaktor war der dramatische Preisanstieg aller wichtigen Ausgangsstoffe für Futtermittel. Dieser hatte im Wesentlichen zwei Folgen: Erstens ermutigten die hohen Getreidepreise Landwirt/innen, ihr Getreide auf den Markt zu bringen, anstatt es für den eigenen landwirtschaftlichen Betrieb als Futtermittel zu

⁹ Die Lehman Brothers Inc. wurde Ende 2008 liquidiert.

¹⁰ Obwohl BASF den Umsatz überwiegend mit konventionellen Pflanzenschutzmitteln erwirtschaftet, arbeitet der Konzern in Fragen der Gentechnik strategisch mit dem Hersteller gentechnisch veränderten Saatguts Monsanto zusammen: „In unserer langfristigen Kooperation mit Monsanto entwickeln wir gemeinsam Nutzpflanzen, die höhere Erträge liefern und widerstandsfähiger gegen ungünstige Umwelteinflüsse wie zum Beispiel Trockenheit sind. Die gemeinsame Pipeline umfasst Programme für die weltweit bedeutendsten Nutzpflanzen Mais, Soja, Baumwolle und Raps. Die Forschungs- und Entwicklungsergebnisse in diesem Jahr haben die Erwartungen deutlich übertroffen. Bei dem am weitesten fortgeschrittenen Projekt, dem trockenheitstoleranten Mais, werden bereits Daten für den Zulassungsprozess generiert. Erste Maispflanzen sollen ab 2012 am Markt eingeführt werden. Unterstützt werden diese Forschungsansätze vor allem durch unsere Tochtergesellschaften Cropdesign in Belgien und Metanomics in Berlin. Ein weiteres Produkt aus der Pipeline ist die Stärkekartoffel Amflora. Dieser nachwachsende Rohstoff bringt Vorteile für die gesamte Warenkette – vom Landwirt bis zur industriellen Verarbeitung. Amflora steht seit 1996 vor ihrer Zulassung in der Europäischen Union. BASF Plant Science hat am 24. Juli 2008 beim europäischen Gericht erster Instanz in Luxemburg eine Untätigkeitsklage gegen die EU-Kommission eingereicht.“ (BASF Konzernlagebericht 2008.)

verwenden. Zweitens fragten die Tierhalter, die sich mit einem enormen Anstieg der Futtermittelkosten konfrontiert sahen, verstärkt industrielles Mischfutter nach. (FEFAC 2007)

Strategisches Ziel der Futtermittelindustrie ist die Verwendung von gentechnisch veränderten Organismen (GVO). Sie sieht ihre Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigt, da GVO-freie Futtermittel schwieriger zu erhalten seien. Anlässlich der Nahrungsmittelkrise streitet FEFAC gemeinsam mit der Agrar- und Ernährungsindustrie für die Zulassung von GVO. Da Maßnahmen wie Exportsubventionen abgeschafft werden sollen, fordert die Futtermittelindustrie von der EU, ihre Wettbewerbsfähigkeit auf dem internationalen Markt durch die Zulassung von GVO zu steigern. Die FEFAC beklagt eine ausgesprochene Technikfeindlichkeit in Europa, welche die europäische Landwirtschaft und Agrarindustrie von einem erheblichen Marktpotenzial, besonders in den Schwellenländern, ausschließe. Deshalb fordert sie die „Förderung einer marktorientierten Landwirtschaft, die die Anforderungen der Futter- und Ernährungsindustrie erfüllt“. (FEFAC 2009a) Der Import von Rohstoffen müsse erleichtert werden.

Ein weiteres Ziel ist die Änderung der Null-Toleranz-Politik gegenüber Spuren von nicht zugelassenen GVOs: „Importe aus Drittländern, in denen gentechnisch veränderte Organismen verwendet werden, die bisher nicht in der EU zugelassen sind, stoßen bei den Beteiligten der Nahrungs- und Futtermittelkette (inklusive der ökologischen Landwirtschaft) auf große Besorgnis. [...] Die bisherige Null-Toleranz-Politik der EU könnte sowohl für die Nahrungs- als auch für die Futtermittelindustrie katastrophale Folgen haben. Verbraucher könnten vor leeren Regalen stehen, wenn es unmöglich wird, bestimmte Bestandteile vieler verarbeiteter Lebensmittel, wie z. B. Soja-Lezithin, zu bekommen. Die europäische Viehwirtschaft könnte über Nacht aus dem Markt gedrängt werden, sollte Sojamehl ohne gentechnisch veränderte Spuren nicht mehr auf dem Markt erhältlich sein und es keine Alternative dazu geben.“ (FEFAC 2009a)

Der Verband verweist gemeinsam mit dem Verband der Getreidehändler Coceral und der Vertretung der europäischen Fleischindustrie UECBV auf die hohen Kosten, welche die Null-Toleranz-Politik der Industrie verursache: „Die Extra-Kosten der Viehindustrie und der Futtermittelhersteller liegen bei mehr als 2,5 Milliarden Euro in den Jahren 2006/07 und 2007/08.“ (FEFAC 2009a) FEFAC-Präsident Pedro Corrêa de Barros spricht sogar von über 5 Mrd. € Kosten für die Industrie, da Europa sie „von dringlich erforderlichen Futtermittelimporten ausschließt, und dies zu einer Zeit der globalen Rohstoffverknappung“. Er begrüßt die Absicht der EU-Kommission, einen „praxisnahen Schwellenwert für technisch unvermeidbare Spuren von bisher nicht zugelassenen GVOs“ einzuführen. (FEFAC 2008b)

Mit Blick auf die steigende Produktion von Agrartreibstoffen fordert der FEFAC eine Bekräftigung der vorrangigen Rolle von EU-Landwirt/innen als Produzent/innen für die Futter- und Lebensmittelkette.

Von der EU erhofft sich der Verband Unterstützung für die europäischen Mastbetriebe. Die Union solle die Verarbeitung von Agrarerzeugnissen in der EU fördern, sodass Mastbetriebe sich stärker auf den Export von hochwertigen Lebensmitteln ausrichten können, also von Fleischprodukten statt Rohstoffen. Das bedeute u.a. eine weitere Verschiebung der direkten Unterstützung zugunsten von „Tierveredlern“, sprich Mästereien, um zu vermeiden, dass der „EU-Tierveredelungssektor exportiert wird“ und andere das Geschäft machen.

4 Die weiterverarbeitende Ernährungsindustrie

4.1 Der Dachverband der europäischen Ernährungs- und Getränkeindustrie

Der Dachverband der Ernährungs- und Getränkeindustrie (CIAA) bezeichnet sich selbst als „Stimme der europäischen Ernährungs- und Getränkeindustrie“. In ihm sind führende Lebensmittel- und Getränkeunternehmen sowie sektorspezifische und nationale Dachverbände organisiert. Seine Aufgabe: Die Interessen der Ernährungs- und Getränkeindustrie auf der Ebene der europäischen und internationalen Institutionen zu vertreten. Sein Ziel: Die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu sichern und zu verbessern. Der Verband zeichnet sich durch eine besonders starke und effektive Lobbyarbeit aus.

Angesichts der Nahrungsmittelkrise steht für den CIAA die Gefahr schwankender Rohstoffpreise im Vordergrund. Er kritisiert die zunehmenden Spekulationen auf dem Nahrungsmittelmarkt und fordert: „Weitere Aufmerksamkeit (inklusive regulatorischer Maßnahmen) sollte diesem Thema gewidmet werden, falls sich zeigt, dass Finanzakteure den Markt so sehr beeinflussen können, dass Preisinstabilität der weiterverarbeitenden Industrie schadet.“ (CIAA 2009)

Als eine Ursache für instabile Preise sieht die Lebensmittelbranche die Entwicklung auf dem Agrartreibstoffmarkt. Der CIAA spricht sich deshalb vehement gegen die Festlegung von Mindestmengen in der Beimischung von Agrartreibstoffen¹¹ aus. Insbesondere fordert der CIAA Flexibilität für Rohstoffe, die „in einer ernsthaften Angebotskrise als Lebens- und Futtermittel benötigt werden“. (El Amin 2008) Dadurch soll es den europäischen Mitgliedstaaten möglich sein, von den festgelegten Beimischungs-Zielen abzuweichen. Gleichzeitig fordert der Verband eine stärkere Fokussierung auf Agrartreibstoffe der zweiten Generation, die aus nicht für die Lebensmittelproduktion benötigten Rohstoffen produziert werden. (Crowley 2008)

Die Rohstoffsicherheit ist dem CIAA ein wichtiges Anliegen. Hier sieht er die EU gefordert. Genau wie die FEFAC verweist der CIAA auf die hohen Kosten aufgrund der Verwendung von nicht gentechnisch veränderten Rohstoffen. (CIAA 2006) Um die Zulassung gentechnisch veränderter Lebens- und besonders Futtermittel zu erleichtern, haben sich der europäische Getreidehandel, die Mischfutterindustrie und die Ernährungsindustrie zusammengetan. Im Juni 2008 veröffentlichten Cocal, CIAA und FEFAC eine gemeinsame Pressemitteilung, in der sie konstatieren: „Die europäischen Lebensmittelhändler berichten schon länger, dass sie aufgrund der extremen Vorsicht der EU und ihrer Null-Toleranz-Politik Probleme haben, geeignete Rohstoffe zu finden.“ (CIAA 2008b) Die Verbände fordern mehr Flexibilität, damit sie leichter Rohstoffe aus Ländern wie den USA, Kanada und Argentinien importieren können. Insbesondere seien unbeabsichtigte Verunreinigungen durch noch nicht zugelassene Sorten nicht zu vermeiden. Eines ihrer Hauptargumente: Nicht nur der Zugang zu Rohstoffen, sondern auch die Höhe des Preises sei entscheidend.

In der Kritik steht nicht nur die Null-Toleranz-Politik, vielmehr müsse „der Gebrauch von gentechnisch veränderten Organismen in eine globale Perspektive gesetzt werden“. (CIAA 2008a) Deshalb schlägt der Verband vor: „Die Kommission sollte die Debatte über die langfristige Zukunft ihrer GVO-Politik eröffnen.“ Wie auch andere Befürworter macht der CIAA deutlich, unter welchen Voraussetzungen er diese Debatte führen will: „Die Politisierung wissenschaftlicher Themen sollte vermieden werden. Öffentlicher Druck sollte keine Entscheidungen beeinflussen, die auf wissenschaftlichen Rat hin getroffen wurden, auch wenn sie nicht mit der öffentlichen Meinung übereinstimmen.“ (CIAA 2008a)

¹¹ Gemäß der EU-Richtlinie 2009/28/EC vom April 2009 müssen die EU-Mitgliedsstaaten sicherstellen, dass im Jahr 2020 mindestens 10% des Endenergieverbrauchs im Verkehrsbereich aus regenerativen Energiequellen bestritten werden. Die Richtlinie legt die Mitgliedsstaaten formal nicht auf den wachsenden Einsatz von Agrokraftstoffen fest. In der Praxis wird das 10%-Ziel anders aber kaum zu erreichen sein.

Neben Rohstoffen ist der Zugang zu Exportmärkten für den CIAA besonders wichtig. Die EU müsse daher bilaterale Abkommen zuerst mit jenen Regionen treffen, in denen europäische Unternehmen wirtschaftliche Interessen haben, deren Marktentwicklung Gewinne verspricht und wo Verhandlungen mit anderen Partnern die EU eventuell ins Hintertreffen geraten lassen könnten.¹²

4.2 Die milchverarbeitende Industrie und der Milchhandel

Der Europäische Milchindustrieverband EDA vertritt die Interessen der europäischen Milchindustrie gegenüber den europäischen Institutionen (Kommission, Parlament, Ministerrat usw.) und internationalen Instanzen wie der Welthandelsorganisation (WTO). Der Verband EUCOLAIT vertritt den Milchhandel. Bei den WTO-Verhandlungen traten beide gemeinsam auf.

Wie von der EDA erwartet, erreichten die Milchpreise 2009 im Durchschnitt nicht das Niveau der beiden Vorjahre. Ende 2007 waren die Preise für Milchprodukte immens gestiegen. Für die Zukunft rechnet der Milchindustrieverband mit stärkeren Preisschwankungen als in der Vergangenheit, da der stabilisierende Einfluss der EU-Milchmarktordnung nachlasse. Ein erneuter starker Preisausschlag nach oben sei erst dann wahrscheinlich, wenn die Bestände wieder abgebaut sind und von der gesamtwirtschaftlichen Lage positive Impulse ausgehen. (EDA 2008)

Die europäische Milchindustrie ist überzeugt, dass sie die Chancen eines freien Marktes auf längere Sicht nutzen kann. In Hinblick auf die WTO-Verhandlungen findet Joop Kleibeuker, Generalsekretär der EDA, klare Worte: „Die Kommission muss diese Verhandlungen in den Griff bekommen, sonst könnten ihre Ergebnisse den Milchsektor unterlaufen.“ (EDA 2008b) Seiner Meinung nach machen die EU-Unterhändler mehr Zugeständnisse als notwendig. Das subventionierte Exportvolumen dürfe nicht weiter eingeschränkt werden. Sollte die Unterstützung weiter schwinden, werde dies den europäischen Binnenmarkt zwangsläufig destabilisieren.

Die Zukunft von Handelsabkommen sieht EDA jedoch nicht im multilateralen Bereich: „Die Kommission sollte ihren Fokus nun auf die Entwicklung bilateraler Abkommen richten, mit dem Ziel, ein Rahmenwerk zu errichten, das der europäischen Milchindustrie und Landwirtschaft Vorteile verschafft und sie gegenüber der weltweiten Industrie wettbewerbsfähig macht.“ (EDA 2008a)

EUCOLAIT¹³ setzt ebenfalls auf bilaterale Verhandlungen, auch wenn für ihn ein multilaterales Abkommen im Rahmen der WTO noch wünschenswerter wäre. Eine Liberalisierung des Marktes wird weiterhin angestrebt, allerdings sieht der Verband die Notwendigkeit, einige Instrumente zu erhalten, die der Stabilisierung von Preisen dienen. Hierzu gehören für EUCOLAIT auch Exporterstattungen. Gleichzeitig sei auch die private Lagerhaltung ein effektives Instrument für Preisstabilität, so der Vorsitzende Wim Kloosterboer in einem Brief an die ehemalige EU-Agrarkommissarin Mariann Fischer. (EUCOLAIT 2008)

Bei der Frage der Gentechnik bei Futtermitteln unterstützt der Verband der Milchhändler die Position der Futtermittelindustrie, da es unmöglich sei, Futtermittel völlig frei von gentechnisch veränderten Organismen zu halten. Außerdem gebe es keinen wissenschaftlichen Beweis, „dass es einen Unterschied für Milchprodukte mache, womit die Kühe gefüttert werden“¹⁴.

¹² Für den CIAA sind dies: Asien, Ukraine, Russland, Kanada, Mercosur und China.

¹³ EUCOLAIT vertritt 850 Unternehmen in 19 EU-Mitgliedsstaaten.

¹⁴ Interview mit Wim Klosterboer im Juli 2009.

5 Der Lebensmittelhandel

5.1 CELCAA, das Liaison-Komitee für den Lebensmittelhandel

CELCAA ist ein europäisches Koordinierungsgremium (Liaison-Komitee) für den Handel mit Agrar- und Lebensmittelprodukten. Unter diesem Dach sind verschiedene Verbände organisiert: Coceral (Getreide), Freshfel (Obst und Gemüse), EUCOLAIT (Milchprodukte) und UECBV (Fleisch). Eher Dienstleister als Lobbyorganisation, hat sich der Dachverband zur Nahrungsmittelkrise nicht ausführlich geäußert. Seine wichtigsten Anliegen sind die Liberalisierung und die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Mitglieder. Das Ende der Exportsubventionen 2013 wird kritisiert; Exporterstattungen sollten nach Ansicht von CELCAA so lange wie möglich beibehalten werden, um die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Agrarprodukte auf dem Weltmarkt zu sichern.

Bei der Reform der EU-Agrarpolitik fordert CELCAA zwar weiterhin Marktorientierung, aber auch ein Sicherheitsnetz, das den Agrarsektor „vor extremen Preisschwankungen durch Marktversagen oder Krisen“ schützt. Es sei wichtig, den Zugang zu Rohstoffen für den wachsenden europäischen und globalen Bedarf an Lebensmitteln, Futtermitteln und Gebrauchsgütern sicherzustellen. Beim Zugang zu Rohstoffen müsse der Agrarmarkt für Lebens- und Futtermittel in jedem Fall Priorität vor dem Bioenergiemarkt haben. Für die Zukunft der Landwirtschaft in Europa sei es wichtig, die Forschung voranzutreiben und den Gebrauch „moderner Technologien wie der grünen Biotechnologie“ sicherzustellen, um die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Agrarindustrie zu erhalten. (CELCAA, 25.02.2008)

5.2 Der Getreide- und Ölsaatenhandel

Der internationale Dachverband Coceral ist ein wichtiger Akteur der europäischen Handelspolitik. In ihm sind 33 nationale Dachverbände aus 18 Mitgliedsstaaten vertreten, die in einem Sektor oder in mehreren (Getreide, Reis, Ölsaaten, Olivenöl, Öle und Fette) aktiv sind.

Der Weltmarkt für Getreide hat in den vergangenen zwei Jahren einen immensen Wandel durchlaufen. Geringe Ernten, niedrige Lagerbestände, hohe Mineralölpreise und eine hohe internationale Nachfrage ließen die Preise im Wirtschaftsjahr 2007/2008 in die Höhe schnellen. Doch schon ein Jahr später fielen sie wieder tief. Diese Preisschwankungen machen den Getreidehändlern Sorgen.

Auch Coceral sieht bei Nichtverwendung von GVO Probleme, welche die Gewinne für die europäische Agrarindustrie begrenzen. So warnte der Vorsitzende des Dachverbandes, Jean-Michel Aspar, die EU-Minister, dass „die wirtschaftlichen Folgen auch nur eines vorübergehenden Versorgungsausfalls mit Sojaprodukten katastrophal für die Akteure der Lebensmittel- und Futterindustrie“¹⁵ wären. Diese Gefahr werde durch den hohen Bedarf besonders an Sojabohnen und Sojamehl in Südostasien, das Europa bei der Einfuhr von Futtermitteln aus Brasilien und Argentinien überhole, verstärkt. Er plädiert daher für einen (von der Industrie vorgeschlagenen) Schwellenwert¹⁶ sowohl bei Futter- als auch bei Lebensmitteln. (Coceral, FEFAC, 22.11.2007) Denn die von der EU-Kommission vorgeschlagene Trennung beider Bereiche sei für den Handel keine befriedigende Lösung.

Die großen multinationalen Unternehmen wie Bunge, ADM, Cargill, Peter Cremer oder Töpfer International sind über nationale Verbände bei Coceral vertreten. Außerdem betreiben sie eigene Lobbyarbeit. So beteiligte sich der multinationale Konzern Bunge ebenfalls am von Syngenta organisierten Forum zur

¹⁵ Bericht auf [allaboutfeed.net](http://www.allaboutfeed.net) vom 27 November 2007: <http://www.allaboutfeed.net/news/fefac-eu-needs-gm-feed-supplies-id1331.html>.

¹⁶ „Ein solcher Schwellenwert muss auf einem technisch und wirtschaftlich erreichbaren Niveau festgesetzt werden. FEFAC und Coceral bieten den EU-Entscheidungsträgern ihre Sachkenntnis zur Erlangung dieses Ziels an“.

Zukunft der Landwirtschaft und erhob auch hier deutlich seine Stimme für die Gentechnik: „Produktverbesserungen durch die Entwicklung in der Gentechnik sind ein Teil der Zukunft.“ (Schröder 2008)

Die deutschen Getreide- und Ölsaatenhändler forderten im April 2009: „Damit die Unternehmen die Chancen auf den Märkten nutzen können, ist ein zügiger Abbau von Wettbewerbsverzerrungen auf europäischer und internationaler Ebene sowie von Überregulierungen und bürokratischen Hemmnissen erforderlich.“ (Grain Club¹⁷ 2009) Außerdem klagen sie: „In Deutschland und der EU sind die Bedenken gegen den Anbau von mit Hilfe der grünen Gentechnik hergestellten agrarischen Rohstoffen groß. Wissenschaftliche Argumente spielen für diese ablehnende Haltung so gut wie keine Rolle. Die Debatte wird überwiegend durch eine ausgeprägte Fortschrittsfeindlichkeit geprägt. Völlig außer Acht gelassen wird dabei, dass mit Hilfe der Gentechnik veränderte Pflanzen in Zukunft einen signifikanten Beitrag zur Sicherung der Welternährung leisten müssen.“

Auch sie wollen suggerieren, Gentechnik sei unumgänglich: „Sollten Deutschland und die EU die Ausweitung des Anbaus von gentechnisch veränderten Pflanzen innerhalb der Gemeinschaft weiterhin verzögern, wird dies mittelfristig zu einer Einschränkung der Versorgungssicherheit bei agrarischen Rohstoffen in der Welt beitragen.“ Die deutschen Getreidehändler argumentieren gegenüber der Europäischen Kommission ähnlich wie der CIAA: „Unabhängig davon darf die ablehnende Haltung großer Teile der Gesellschaft gegenüber dem Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen in der EU nicht dazu führen, dass die Versorgung der Lebensmittel- und Veredelungswirtschaft mit importierten agrarischen Rohstoffen gefährdet wird.“ Deshalb fordert der Grain Club, „dass der Prozess der GVO-Zulassung *ausschließlich* auf Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse erfolgt und weitere Verzögerungen innerhalb der für die Zulassung zuständigen gemeinschaftlichen Gremien vermieden werden.“

Neben dem Ziel, GVO zuzulassen, fordern die deutschen Getreidehändler: „In Zeiten globalisierter und liberalisierter Märkte mit einem immer intensiveren internationalen Wettbewerb sind Anstrengungen der Bundesregierung zur Förderung der Agrarexporte unverzichtbar, um die aufstrebenden, konsumstarken Nahrungsmittel-Märkte Asiens zu erschließen.“ Auch sie verlangen angesichts der Preisschwankungen, dass nach 2013 weiterhin ein Sicherheitsnetz durch die EU-Agrarmarktordnung gegeben sein müsse.

5.3 Der Fleischhandel

Die Nahrungsmittelkrise trifft den Fleischhandel in erster Linie durch gestiegene Futtermittelpreise und das ihrer Meinung nach mangelnde Angebot an GVO-freien Rohstoffen. Als Konsequenz mehren sich auch bei den Fleischproduzenten innerhalb der EU die Stimmen für einen stärkeren Einsatz von Gentechnik. Denn sie sind auf Futtermittel angewiesen. Konkurrenten in den USA oder Brasilien würden immer öfter auf neue genveränderte und oft ertragreichere Designerpflanzen zurückgreifen, um ihre Futtertröge zu füllen. (Focus 2008a)

So schreibt die Europäische Vereinigung der Geflügelzüchter (AVEC) in ihrem Jahresbericht 2008: „AVEC hat die EU-Kommission aufgefordert, ihre Zulassungsverfahren für genetisch verändertes Saatgut zu überprüfen.“ Denn die Null-Toleranz-Politik der EU habe es für Getreideexporteure aus Brasilien und Argentinien risikoreicher gemacht, nach Europa zu exportieren. Der Verband prophezeite, die europäische Geflügelproduktion werde bis 2010 um 44 Prozent sinken, während Drittstaaten, die GVO verfüttern dürfen, auf den europäischen Markt drängten (AVEC 2009).

¹⁷ Im „Grain Club“ sind die Getreidehändler und die Getreideverarbeiter der ersten Verarbeitungsstufe (Verarbeitung von Getreide zu Mehl) organisiert.

Auch die Vereinigung der Rind- und Schweinefleischhändler UECBV hat sich gegen die Null-Toleranz-Politik ausgesprochen: „Die Politik der EU bei der Zulassung von Rohstoffimporten für Futtermittel, die Spuren gentechnisch veränderter Organismen enthalten, muss einer Revision unterzogen werden.“ (UECBV 2008) Der Vorsitzende der UECBV, Laurent Spanghero, macht seine Position deutlich: „Die europäische Debatte über GVO wird durch die ständige irrationale und der eigenen Sache schadende politische Beeinflussung einer wissenschaftlichen Materie überall auf der Welt Schlagzeilen machen. Die internationale wissenschaftliche Gemeinde schaut ratlos nach Europa.“ Seiner Meinung nach müssen neben wissenschaftlichen Erkenntnissen auch noch andere Argumente, wie Handelsbarrieren und Kosten, mit in die Debatte einbezogen werden. (UECBV 2008)

Generell kritisiert auch diese Branche die angebliche Technikfeindlichkeit Europas. Angesichts der Nahrungsmittelkrise sei eine wissenschaftliche Debatte über Technologien notwendig, die nicht so emotional geprägt sei wie in der Vergangenheit. Für „mehr Wissenschaft“ plädiert der Verband der Fleischindustrie auch im Zusammenhang mit dem Klimawandel – besonders was die negative Rolle¹⁸ der Fleischindustrie betrifft, die „nicht belegt“¹⁹ sei.

Die Steigerung der Bioenergieproduktion durch nachwachsende Rohstoffe führt zu einem Preisanstieg für Futtermittel, ebenso wie für Lebensmittel. Deshalb sind die Fleischproduzenten bezüglich einer Öffnung der Märkte für gentechnisch veränderte Rohstoffe und in ihrer Kritik an den Beimischungs-Zielen von Agrartreibstoffen einer Meinung mit den Lebensmittelherstellern.

Die zukünftige Handelspolitik muss nach Meinung des Dachverbands der Fleischhändler weiterhin zu mehr Liberalisierung führen. Bilaterale Verhandlungen sind dabei nur zweite Wahl. Innerhalb der EU will er nach dem Ende der Exportsubventionen den Fokus auf die Unterstützung von Forschung und auf neue Technologien richten.

In der Frage der Landnahme hat die Fleischindustrie noch keine eindeutige Position gefunden, allerdings sieht man die Entwicklungen, die eine Konkurrenz um Land entstehen lassen, kritisch.

5.4 Der Obst- und Gemüsehandel

Freshfel Europe²⁰ ist der Verband des Obst- und Gemüsehandels. Organisiert sind hier 161 Mitglieder (darunter Chiquita, Edeka AG Fruchtkontor, Dole, Del Monte, CooP Trading AG und Syngenta Seeds). Zum erklärten Ziel gehört die Wettbewerbsfähigkeit des Sektors. Freshfel nimmt innerhalb der EU an mehreren Advisory Groups (u.a. DG²¹ Umwelt, DG Handel, DG Agrar, DG Forschung) und Exportkomitees teil und vertritt die Branche gegenüber dem EU-Parlament.

Freshfel ist freihandelsorientiert und unterstützt die Exportbemühungen der europäischen Obst- und Gemüsehändler. Hierzu versucht der Verband, sowohl auf bi- als auch auf multilaterale Verhandlungen Einfluss zu nehmen. Die multilateralen WTO-Verhandlungen werden allerdings negativ bewertet, denn für die Obst- und Gemüsebranche waren sie bisher ein Misserfolg. Dennoch verfolgt die Branche die Verhandlungen und hofft zukünftig auf günstigere Ergebnisse.

Bilateral und regional liegt der Blick der Branche momentan auf Verhandlungen über Freihandelsabkommen mit den zentralamerikanischen Ländern, mit den Ländern Afrikas, der Karibik und des pazifischen Raums (AKP), den ASEAN-Staaten, mit Indien, der Ukraine, Israel, Marokko, Ägypten und Norwegen.

¹⁸ Mehr zum Thema findet sich auf der Website des Bundes für Umwelt und Naturschutz: <http://www.bund.net>.

¹⁹ Interview mit Jean Luc Mériaux, Generalsekretär der UECBV, im Juli 2009.

²⁰ Interview mit Philippe Binard von Freshfel im Juli 2009

²¹ Generaldirektion (*Directorate General*)

Neue Technologien spielen in erster Linie in der Pflanzenzucht eine Rolle, dabei allerdings weniger die Gentechnik, der erst in der Zukunft entsprechendes Potential eingeräumt wird. Vielmehr ist der Verband daran interessiert, die Reglementierungen für den Einsatz von Pestiziden aufzuweichen.

Für zukünftig wichtig wird nicht die Landnahme durch Regierungen, sondern vor allem das Pachten von Land durch Unternehmen gehalten, um so Kontrolle über die Produktion zu erhalten.

6 Die multinationalen Lebensmittelkonzerne

„Sie können heutzutage die Welt nicht mehr ohne gentechnisch veränderte Organismen ernähren. Wir wollen die Landwirtschaft langfristig nachhaltig gestalten. Was wir zurzeit nicht sehen, ist der politische Wille dazu.“ (Financial Times 2008) Der Nestlé-Konzernchef Peter Brabeck bezieht sich gerne auf „die Ärmsten der Welt“, wenn es um die Zukunft der Landwirtschaft und der Ernährungsindustrie geht. Doch so offensiv wie Nestlé propagieren andere multinationale Unternehmen die Gentechnik nicht – aufgrund der skeptischen oder ablehnenden Haltung vieler Verbraucher.

Ernährungssicherheit ist angesichts der Wirtschaftskrise für Jan Laan, zuständig für globale außerbetriebliche Angelegenheiten beim Konzern Unilever, der Schlüsselbegriff für die Zukunft. Aus der Perspektive der Agrarindustrie fordert Laan von der Landwirtschaft höhere Erträge, das Angebot von Rohstoffen zu wettbewerbsfähigen Preisen und Nachhaltigkeit. Steven Verweij, Manager bei Unilever, erklärt: „Die aktuelle Preisentwicklung können wir jedoch nicht auffangen. Wir sind gezwungen, diese weiterzugeben.“ (AHGZ 2008)

Verweij geht davon aus, dass der Anstieg der Rohstoffpreise aufgrund der Abhängigkeit vom Rohöl und der zunehmenden Produktion von Agrartreibstoffen nicht zu stoppen ist und den Markt nachhaltig verändern wird. Besonders der Zuwachs an Agrartreibstoffen habe einen Einfluss auf die Rohstoffpreise, konstatiert Laan. Es sei schwer vorstellbar, dass bei höherem Bedarf an Lebensmitteln gleichzeitig auch der Anbau von Pflanzen für die bioenergetische Nutzung steigen könne. Für die Landwirtschaft bedeute der zukünftige Bedarf an Lebensmitteln und Bioenergie, dass die Produktion verdoppelt und gleichzeitig der Wasserverbrauch halbiert werden müsse.

Rund 70 Prozent des Wasserverbrauchs weltweit gehen nach Angaben der Vereinten Nationen auf die Landwirtschaft zurück. Der Zugang zu Wasser werde sich mehr und mehr zu einem Wettbewerbsvorteil entwickeln. (Herren 2009) Nach aktuellen Untersuchungen der Umweltschutzorganisation WWF haben multinationale Konzerne längst damit begonnen, die durch ihre Abhängigkeit vom Wasser entstehenden Risiken zu untersuchen.

Lebensmittelkonzerne wie Nestlé (mit den Marken Perrier, Contrex, Vittel), Danone (Evian) und Hindustan Lever, eine Tochter von Unilever auf dem indischen Markt, kontrollieren einen großen Teil des globalen Marktes für in Flaschen und Kanister abgefülltes Wasser. Unternehmen wie Nestlé und Unilever sichern bereits ihren politischen Einfluss auf die Ressource Wasser.

Im Juli 2007 richteten die Vereinten Nationen im Rahmen des Global Compact²² die Plattform „UN CEO Water Mandate“ für Unternehmen ein. Gründungsmitglied war Nestlé. Die Unterzeichner (darunter Coca Cola, H&M, Dow Chemical, Unilever, Levi-Strauss, GlaxoSmithKline, Danone, Heineken, SUEZ, PricewaterhouseCoopers) erhielten das Mandat, ein Projekt zu einem „Weltwasserplan“ auszuarbeiten. Dazu gehört beispielsweise, Arbeitsprozesse wassereffizienter zu gestalten und auf Lieferanten einzuwirken, damit diese ihrerseits die Wassereffizienz und die Qualität geklärter Abwässer verbessern.

²² Der Global Compact ist eine Initiative der UN zu sozial verantwortlicher Unternehmensführung.

Nestlé ist einer der weltgrößten Hersteller von Lebensmitteln. Zum Konzern gehören 480 Fabriken in 86 Ländern, die Produkte weltweit verkauft. In der Nahrungsmittelkrise sieht der Konzern sowohl Herausforderungen als auch Chancen. Im Gegensatz zu anderen Unternehmen, die Gentechnik in Europa ablehnen, weil die Verbraucher/innen sie nicht wollen, hält Nestlé an seiner Strategie fest, die Zulassung für gentechnisch veränderte Lebensmittel zu erleichtern.

Konzernchef Brabek erklärt sich zudem zum Lobbyisten der afrikanischen Länder und behauptet, diese seien durch die Haltung der EU - als ihr Hauptabnehmer für Agrarprodukte - gezwungen, ohne GVO auszukommen. So würden die afrikanischen Staaten von der Nutzung einer Agrartechnologie abgehalten, mit der sie höhere Gewinne realisieren könnten. Dies führt Nestlé gegenüber der EU als Argument dafür auf, die EU-Haltung zur Gentechnik zu ändern.

Zur Frage der Landnahme sagt Peter Brabeck: „Bei den Landkäufen ging es gar nicht um das Land. Aber mit dem Land gibt es das Recht, das Wasser, das es dort gibt zu nutzen. In den meisten Ländern war das das Gratisgeschenk, das aber weitaus wichtiger war, als das Land. Ich nenne das Wasserraub.“ (The Economist 2009a)

6.1 EuroCommerce

EuroCommerce wurde 1993 gegründet und vertritt den Einzel-, Groß- und Außenhandel in Europa. Seine Mitglieder sind Handelsverbände aus 29 europäischen Ländern, Einzelunternehmen sowie internationale, europäische und nationale Interessenvertreter spezifischer Handelsbereiche. Nach eigenen Angaben ist EuroCommerce durch sein Netz an Verbindungen in Brüssel stets präsent, um die Interessen des Handelssektors in allen für ihn relevanten Politik- und Fachbereichen zu vertreten. EuroCommerce tritt für einen offenen und freien Markt inner- und außerhalb der Europäischen Union ein.

Der Verband beobachtet eine Zunahme protektionistischer Tendenzen: „Im Zuge der Globalisierung ist eine besorgniserregende Ausweitung des Protektionismus in verschiedenen Regionen der Welt zu verzeichnen. Dies trifft auch auf die EU bzw. auf eine wachsende Anzahl an EU-Mitgliedstaaten zu. EuroCommerce sieht sich dem Wohl europäischer Händler und deren Kunden verpflichtet und setzt sich für eine Liberalisierung des internationalen Handels mit Waren und Dienstleistungen ein.“ (EuroCommerce 2009)

Außerdem plädiert der Verband für mehr Vorhersehbarkeit und Rechtssicherheit in der Handelspolitik, die von wesentlicher Bedeutung für alle, besonders aber für kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) seien. Ein erfolgreicher Ausgang der multilateralen Handelsgespräche, ergänzt durch den Abschluss regionaler bzw. bilateraler Freihandelsabkommen, zählt zu den wichtigsten Prioritäten der Handelsbranche.

Die Liberalisierung des globalen Handels mit Dienstleistungen ist nach Meinung des Verbands ebenfalls unverzichtbar für ein nachhaltiges Wachstum im Handelssektor. EuroCommerce engagiert sich für eine durchgreifende Reform der handelspolitischen Schutzinstrumente Europas. Auch die Vereinfachung und Harmonisierung der Zollverfahren stellt ein wichtiges Ziel dar.

Angesichts des gegenwärtigen Wirtschaftsklimas appelliert EuroCommerce an die europäischen Behörden, folgende drei grundlegenden Botschaften zu beachten: Erstens sei Protektionismus gegenüber Drittländern oder innerhalb des Binnenmarkts verhängnisvoll für den Wettbewerb. Er biete keinen Weg aus der Krise und solle daher unbedingt vermieden werden. Zweitens brauchten die Unternehmen einen funktionsfähigen Binnenmarkt für Waren, Dienstleistungen und Zahlungsmittel sowie einen ordnungspolitischen Rahmen, der ihnen die nötige Rechtssicherheit und Vorhersehbarkeit biete. Nicht zuletzt solle jede neue politische Maßnahme gründlich auf Notwendigkeit und mögliche Folgen geprüft werden, wobei der Bürokratieabbau, insbesondere für KMU, ein überragendes Ziel sein müsse.

Nachdem die WTO-Verhandlungen sich als langwierig herausstellten, „trat EuroCommerce aktiv zugunsten bilateraler Vereinbarungen und der Abkommen über Handelserleichterungen ein“. Nach Ansicht des Verbands ermöglichen bilaterale Handelsabkommen „europäischen Groß- und Einzelhändlern eine leichtere Erschließung der Märkte außerhalb der EU, beispielsweise durch verbesserte Rahmenbedingungen für die Eröffnung und Betreibung von Supermarktketten“. Die neue bilaterale Handelsrunde, die von der Kommission eingeleitet wurde, verschaffe EuroCommerce eine einzigartige Gelegenheit, um substantielle Konzessionen für Einzel- und Großhändler durchzusetzen. EuroCommerce werde daher weiterhin Einfluss auf die Verhandlungen ausüben, „um die Dominanz der Hersteller zu begrenzen.“ (EuroCommerce 2009)

6.2 Die deutsche Ernährungsindustrie

Die deutsche Ernährungsindustrie erzielte im Jahr 2008 nach Schätzungen der Bundesvereinigung Deutscher Ernährungsindustrie e.V. (BVE) einen Branchenumsatz von 155 Milliarden Euro. Im Vorjahr waren es 147,6 Milliarden. Das Wachstum bei den Exporten (+15 %) liegt nach Angaben der BVE deutlich über dem Wachstum im Inland (+2,4 %). Für das Jahr 2009 rechnete die BVE laut einer Branchenumfrage mit gleichbleibenden oder allenfalls leicht ansteigenden Umsätzen. Wachstumstreiber ist für viele Unternehmen das Auslandsgeschäft – immerhin rechneten über 50 Prozent der befragten Unternehmen und Verbände noch mit höheren Exporterlösen.

Die Forderungen der **deutschen** Ernährungsindustrie richten sich daher auch auf den Export. „Wettbewerbsverzerrende Handelshemmnisse müssen beseitigt werden“, heißt es in einem Positionspapier. (BVE 2008a) Was darunter zu verstehen ist, unterscheidet sich nicht von den Ideen der europäischen Ernährungsindustrie: Mehr marktorientierte Politik und weniger staatliche Interventionsmöglichkeiten, zügiger Abschluss der WTO-Verhandlungsrunde, Sicherung des Zugangs zu Rohstoffen durch Regelungen bezüglich des Anbaus von Pflanzen für Agrartreibstoffe und Nutzung der „grünen Gentechnik“, damit GVO angebaut und Produkte vermarktet werden können, die GVO enthalten.

Auch die deutsche Ernährungsindustrie geht bezüglich der Nutzung von Gentechnik davon aus, dass es nur an einer „sachgerechten Diskussion“ fehle. Zwar nehme man die „augenblickliche Zurückhaltung der Verbraucher ernst“, allerdings werde sich die Ernährungsindustrie aktiv an Kommunikationsmaßnahmen beteiligen, „die zu einer Verbreiterung der Wissensbasis führen und damit Vertrauen bei Verbrauchern aufbauen“. (BVE 2008b)

7 Die Rolle der EU

7.1 Die EU-Kommission

„Erstens steht die Kommission zu ihrer Verpflichtung, die Zulassungen neuer GVOs ohne Verzögerung voranzubringen und das Zulassungsverfahren zu verbessern. Entscheidungen in diesem Zusammenhang werden nicht auf emotionaler, sondern auf wissenschaftlicher Basis getroffen. Die Kommission vertraut der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit, was das hohe wissenschaftliche Niveau ihrer Berater angeht. Zweitens hat die Kommission ihre Abteilungen angewiesen, schnellstmöglich eine technische Lösung für das Problem zufälliger Spuren gentechnisch veränderter Organismen, die noch nicht in der EU zugelassen sind, in Futtermitteln und Nahrungsmitteln zu finden.“ (Fischer Boel 2008a) Mit diesen Worten nahm die ehemalige EU-Agrarkommissarin Mariann Fischer Boel auf der Feier zum 50-jährigen Bestehen des Verbandes Cocala im Mai 2008 einige Stichworte auf, welche die Vertreter/innen der Agrar- und Ernährungsindustrie gefreut haben dürften.

Jedoch steht die Diskussion über GVO nicht im Vordergrund der Debatten innerhalb der EU oder ihrer Reaktion auf die steigenden Lebensmittelpreise. Frau Fischer Boel ist bewusst, dass „höhere Preise momentan dramatische Auswirkungen auf die Ärmsten der Welt haben und den Entwicklungsprozess um Jahre zurückwerfen können“, langfristig sieht sie aber die Chance, dass „steigende Preise eine Möglichkeit für die ländliche Bevölkerung sind, aus der Armut herauszukommen“. (Fischer Boel 2008b)

Zu längerfristigen Maßnahmen hat sich die EU-Kommission in den vergangenen zwei Jahren an mehreren Stellen positioniert. Sie diagnostiziert sowohl strukturelle als auch temporäre Ursachen der Nahrungsmittelkrise. Dazu gehören ein höherer Verbrauch besonders in Schwellenländern, hohe Energiepreise und folglich höhere Nachfrage nach Agrartreibstoffen, der Klimawandel, Wirtschaftskrise und Spekulationen sowie Protektionismus in Exportländern.

Strategisch schlägt die Kommission vor, Agrartreibstoffe der zweiten Generation zu fördern, die Produktivität und Erträge durch neue Pflanzenvariationen zu steigern und stärker in die Forschung zu investieren. Zudem plädiert sie für eine neue Debatte über die Zukunft der GVO-Politik der EU und eine Überprüfung der bisherigen Regelungen, besonders für den Futtermittelmarkt. (COM 2008) Die Handschrift der Agrar- und Ernährungsindustrie ist in den Empfehlungen der EU-Kommission gut zu erkennen – nur bei der auf europäischer Ebene besonders umstrittenen Nutzung von Gentechnik bleibt sie bisher noch etwas zurückhaltend.

In Handelsfragen setzt die EU-Kommission weiter auf die WTO-Verhandlungsrunde, die sie zu einem schnellen Abschluss bringen will. In diesem Zusammenhang wird wiederholt darauf verwiesen, wie schädlich die Maßnahmen einiger Regierungen anlässlich der steigenden Weltmarktpreise waren. Sowohl Exportstopps als auch eine Rückkehr zur Selbstversorgung seien der falsche Weg, warnt Fischer Boel. (Fischer Boel 2008c) Diese Maßnahmen müssten über die WTO ausgeschlossen werden. Dennoch räumt sie ein, dass nicht alles „dem Markt überlassen werden kann“. Daher fordert sie Schutzmechanismen, die Landwirte in Extremsituationen wie Ernteausfällen oder Tierseuchen unterstützen, ohne ihnen die Möglichkeiten zu nehmen, auf den Markt zu reagieren. Innerhalb der EU plädiert sie für die Weiterführung der bisherigen gemeinsamen Agrarpolitik.

7.2 Advisory Groups und andere Lobbyarbeit

Neben der Einrichtung von runden Tischen und Initiativen wie das Syngenta-Forum zur Zukunft der Landwirtschaft spielt sich ein wichtiger Teil der Lobbyarbeit in sogenannten Advisory Groups ab. In diesen Beratungsgruppen bringt die Industrie ihre Interessen schon lange ein, bevor die Gesetzesvorhaben entworfen werden.

Bei der Advisory Group „Cereals, Oilseeds and Protein Crops“ heißt es in den Protokollnotizen vom 26. September 2008 zum Thema GVO: „Die Nulltoleranz-Politik ist unmöglich zu verankern. Die bisherige Politik der EU bezüglich der Spuren von GVO hat faktisch bereits zu Einfuhrverboten geführt. Diese Situation wird sich wahrscheinlich verschlimmern, da immer mehr Länder weltweit GVO anbauen, ohne auf die Genehmigungsverfahren der EU Rücksicht zu nehmen.“ (Advisory Group „Cereals, Oilseeds and Protein Crops 2008)

Eine weitere Gruppe im Bereich der Generaldirektion Landwirtschaft ist seit 2004 die „Advisory Group on the Food Chain and Animal and Plant Health“. Sie trifft sich zweimal jährlich. Hier sind alle Verbände der Agrar- und Ernährungsindustrie vertreten. 2008 und 2009 standen unter anderem die Lebensmittelpreise, die bisherigen EU-Regelungen zu GVO in Futter- und Lebensmitteln, das Klonen von Tieren sowie die Lebensmittelkontrolle auf den Tagesordnungen.

7.3 High Level Group on the Competitiveness of the Agro-Food Industry

Innerhalb der beratenden Gruppen nimmt die „High Level Group on the Competitiveness of the Agro-Food Industry“ eine besondere Stellung ein.²³ Diese Gruppe wurde im Frühjahr/Sommer 2008 auf Initiative der EU-Kommission ins Leben gerufen. Sie besteht aus Vertreter/innen der EU-Kommission, des EU-Parlaments, der Mitgliedstaaten, der Ernährungs- und Agrarindustrie sowie von Handel und Verbrauchern. Ihre vorrangige Aufgabe ist es, die Faktoren, zukünftigen Herausforderungen und Trends zu identifizieren, welche die Wettbewerbsfähigkeit Europas angesichts der hohen Lebensmittelpreise beeinflussen. Hierzu hat die hochrangig besetzte Gruppe am 17. März 2009 in einem Bericht Empfehlungen vorgelegt. Ihre Vision ist eine „in hohem Maße wettbewerbsfähige Ernährungsindustrie“. Dies erfordere „flexible Arbeitsmärkte“ und den „Abbau staatlicher Regulierung sowie von Handelshindernissen“ und vor allem den Zugriff auf landwirtschaftliche Rohstoffe zu „den besten Konditionen“, d.h. zu wettbewerbsfähigen, niedrigen Preisen.

Auch wegen der höheren Weltmarktpreise muss nach Ansicht der Agrar- und Ernährungsindustrie die Zulassung gentechnisch veränderter Agrarprodukte erleichtert werden. So heißt es in dem Bericht: „Die EU und ihre Mitgliedstaaten sollten „außerdem damit fortfahren, die generellen Auswirkungen von GVO und die langfristige Zukunft der GVO-Politik der EU zu analysieren. Die EU-Kommission sollte an den Problemen arbeiten, die durch die noch nicht erfolgte EU-Autorisierung von gentechnisch veränderten Organismen entstehen, die in Drittstaaten bereits erlaubt sind“. (HLG 2009) Denn die Mitglieder der High Level Group „halten ein EU-Regelwerk für wichtig, das ein ausreichendes Angebot an preislich wettbewerbsfähigen Rohstoffen erleichtert, um Preisinstabilität zu begrenzen und ein nachhaltiges Wachstum der Branche zu erreichen“.

Auch beim Thema Nanotechnologie äußert sich die High Level Group zu den Chancen, jedoch nicht zu den Risiken: „Entdeckungen in der Nanotechnologie können zahlreiche Bereiche der Ernährungs- und Agrarindustrie beeinflussen, von Nahrungsmittelsicherheit bis hin zur molekularen Synthese neuer Produkte und Inhaltsstoffe. Die Nanotechnologie [...] hat ein Potenzial, von dem Lebensmittel profitieren können, z. B. in Hinblick auf Lebensmittelqualität, Verpackung und Transport, Geschmack und sensorische Eigenschaften von Lebensmitteln, Functional Food, Saatgutproduktion und Pflanzenschutz.“ (HLG 2009)

Die Zukunftsvisionen der High Level Group beziehen sich vor allem auf die Wettbewerbsfähigkeit. Verbesserte Exportmöglichkeiten für die europäische Ernährungsindustrie, gerade auf den Märkten Chinas und Indiens, sollen durch ungehinderten Marktzugang erreicht werden, um „hier hoch qualitative europäische Produkte zu platzieren“. (HLG 2009) Dazu müssten „künstliche Handelsbarrieren“ abgebaut werden, denn: „die EU-Exporteure sehen sich mit einer Vielzahl von Hindernissen konfrontiert: Zölle, zollfremde Handelshemmnisse, unterschiedliche Regulierungen sowie Verwaltungsvorschriften“. (HLG 2009)

Zur Handelsliberalisierung solle die EU sowohl die WTO-Verhandlungen, als auch bilaterale Verhandlungen nutzen, da die Welthandelsrunde bisher keine Ergebnisse vorweisen könne. „Bilaterale Verhandlungen sind leichter zu verwirklichen und können Probleme lösen, die in multilateralen Regelwerken keine Anwendung finden“, heißt es im Abschlussbericht der High Level Group. (HLG 2009) Bestehende Abkommen sollten daraufhin überprüft werden, ob sie Möglichkeiten des Marktzugangs für Agrarprodukte böten. Des Weiteren müsse der Zugang zu Rohstoffen gesichert bleiben. Gleichzeitig müssten jedoch auch Schutzinteressen berücksichtigt werden. Die High Level Group will also beides, gute Exportmöglichkeiten und den Schutz der eigenen Produkte, besonders derjenigen, die in die Liste sogenannter sensibler Produkte aufgenommen werden sollen. Für diese Kategorie von Produkten werden die Zölle gar nicht oder nur in geringerem Maße als für die übrigen Produkte gesenkt.

²³ Für weitere Informationen siehe: http://ec.europa.eu/enterprise/sectors/food/competitiveness/high-level-group/documentation/index_en.htm#h2-working-group-presentations.

Da sich weite Teile dieses Berichts bereits in den Empfehlungen des Dachverbands der Ernährungs- und Getränkeindustrie CIAA für die High Level Group finden, ist es nicht erstaunlich, dass dieser sich sehr zufrieden mit den Ergebnissen zeigt und hofft, „dass die EU-Kommission positiv auf die Empfehlungen reagiert“. (CIAA 2008a) Anfang Juli 2009 gab die Kommission erste Umsetzungen bekannt: Sie folgt den Ratschlägen der High Level Group. Koordinierte Maßnahmen sind in einem Fahrplan festgehalten.²⁴

8. Abschließende Bemerkungen

Die Nahrungsmittelkrise hat bisher nicht zu einer strategischen Neuorientierung innerhalb der Ernährungsbranche geführt. Gleichwohl ist die Frage der Rohstoffsicherheit mehr in den Mittelpunkt gerückt, da die Agrar- und Ernährungsindustrie ihren sicheren und barrierefreien Zugang zu Rohstoffen bedroht sieht.

Politisch hat das Thema Welternährung für die Agrar- und Ernährungsindustrie erheblich an Relevanz gewonnen. Dies spiegeln die Aussagen in Interviews, Reden und Positionspapieren wider. Wo immer es sich anbietet, nutzt die Branche die Gunst der Stunde, um gegenüber der Politik – mit Bezug auf die globale Herausforderung der Sicherung der Welternährung – mit Nachdruck ihre altbekannten politischen Forderungen durchzusetzen:

Liberalisierung der Märkte – Jeweils nach Maßgabe der Erfolgsaussichten der Handelsverhandlungen setzt die Agrar- und Ernährungsindustrie mal mehr auf die multilaterale und mal auf die bilaterale Karte. Angesichts der stockenden WTO-Verhandlungen sieht sie im Moment stärker die bilateralen Verhandlungen als Chance, den Zollabbau in Entwicklungsländern voranzutreiben und neue Absatzmärkte für ihre Produkte zu erschließen. Ein Dorn im Auge sind der Industrie jedoch zunehmend Exportbeschränkungen, weil sie ihren Zugang zu Rohstoffen beschränken. Sie wurden im Zuge der Nahrungsmittelkrise von einigen Entwicklungsländern eingeführt, um die Versorgung ihrer Bevölkerung mit Nahrungsmitteln zu bezahlbaren Preisen sicherzustellen. Unabhängig davon, ob diese Maßnahme sich im Einzelfall als sinnvoll für das Land selbst oder auch für die Nahrungsmittel importierenden Länder erwiesen hat, hat dies bei der Industrie die Angst vor Versorgungsengpässen mit billigen Agrarrohstoffen geschürt. Deswegen plädiert sie stärker als zuvor für weltweit offene Märkte und bekämpft massiv jegliche Maßnahme, die den Schutz einheimischer Märkte in Entwicklungsländern zum Ziel hat. Entwicklungsländer, die stark von Nahrungsmittelimporten abhängig sind, brauchen jedoch gerade jetzt den notwendigen politischen Spielraum, um kleinbäuerliche Produzenten vor Billigimporten zu schützen und um Produktionskapazitäten im eigenen Land auszubauen.

Gentechnik – Auch in der Vergangenheit wurde bereits der Hunger in der Welt als Vorwand bemüht, um die Verbreitung der Gentechnik zu propagieren. Jedoch wird das Argument des Erhalts der Wettbewerbsfähigkeit insbesondere bei Futtermitteln, aber auch bei Lebensmitteln vor der Kulisse der Nahrungsmittelkrise viel stärker betont: Ohne Gentechnik keine ausreichenden Produktivitätssteigerungen und ohne ausreichende Produktivitätssteigerungen keine billigen Agrarrohstoffe. Die Behauptung der Agrar- und Ernährungsindustrie bleibt unverdrossen: „Gentechnik kann Hunger und Armut bekämpfen“. Da in der Öffentlichkeit das Interesse an Landwirtschaft zunimmt, hofft die Industrie auf neuen Antrieb – auch durch die Medien. Ob ihre Strategie aufgeht, wird unter anderem davon abhängen, inwieweit es der kritischen Öffentlichkeit gelingt, der einseitigen Fixierung der Politik auf Produktivitätssteigerung entgegenzuwirken. Nach der Nahrungsmittelkrise droht aus dem Blick zu geraten, dass die Hauptursache für Hunger die mangelnde Kaufkraft der Hungernden ist.

²⁴ http://ec.europa.eu/enterprise/sectors/food/files/high_level_group_2008/documents_hlg/hlg_roadmap_en.pdf

Während die Forderungen nach Liberalisierung der Märkte und erleichtertem Einsatz der Gentechnik aus dem Mund der Agrar- und Ernährungsindustrie nicht neu sind, rückt inzwischen die **Land- und Wasserfrage** nach und nach stärker ins Blickfeld. Auch wenn die Landnahme und die Privatisierung von Land und Wasser bei öffentlichen Äußerungen der Agrar- und Ernährungsindustrie kaum eine Rolle spielen, so wird die Flächenkonkurrenz („food, feed, fuel“) zunehmen und damit auch der Kampf um die begrenzten Ressourcen Land und Wasser. Die Ernährungsbranche befürchtet hierbei auch, dass Auseinandersetzungen, Unruhen und lokale Konflikte sich negativ auf Handel und Investitionen auswirken können.

Bei der bisherigen Praxis des „land grabbing“ ist vor allem problematisch, dass die betroffenen Gruppen in den Entwicklungsländern nicht vor dem Vertragsabschluss gehört werden, dass die Vertragsbedingungen nicht transparent gemacht werden und dass sich die Folgen für die Ernährungssicherung teilweise erst mittel- und langfristig abzeichnen werden.

Wenig verwundert, dass der Obst- und Gemüsehandel das Pachten von Land besonders im Blick hat. Seine Abnehmer, die großen Supermarktketten, nehmen zunehmend darauf Einfluss, wie die Produktion organisiert wird. Angesichts des deutlichen Trends in Richtung Importprogramme und Vertragsanbau findet bereits ein Verdrängungswettbewerb der Partner des Lebensmittelhandels um die besten Parzellen im Ursprungsland statt. Aus entwicklungspolitischer Perspektive ist negativ zu bewerten, dass die mehrheitlich besonders fruchtbaren Böden nicht mehr für die Nahrungsmittelproduktion zur Versorgung der einheimischen Bevölkerung zur Verfügung stehen.

Wie sehr die EU-Kommission und die Mitgliedsstaaten mit der Agrar- und Ernährungsindustrie zusammenarbeiten, verdeutlicht die im Jahr 2008 ins Leben gerufene „High Level Group on the Competitiveness of the Agro-Food Industry“. Es ist nicht nur die machtvolle Lobby, die mit Nachdruck ihre Interessen bei der Politik durchsetzt. Vielmehr treffen die Lobbyisten bei der EU-Kommission und den Mitgliedsstaaten auch auf offene Türen. Die Förderung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit ist erklärtes Ziel der EU-Politik. Die EU-Kommission ruft immer wieder neue Gremien ins Leben, um mit der Industrie darüber zu beraten. Die Zivilgesellschaft wird bewusst außen vor gelassen.

Angesichts der negativen Auswirkungen dieser »corporate agenda« für die Sicherung der Welternährung ist es wichtig, die Rolle der Agrar- und Ernährungsindustrie in der Agrar-, Welternährungs- und Handelsdebatte stärker in den Mittelpunkt der politischen Aufmerksamkeit zu rücken. Es gilt, die Macht und den Einfluss der großen Agrar- und Lebensmittelkonzerne in politischen Entscheidungsprozessen zu beschränken und die »Klientelpolitik« seitens der politischen Entscheidungsträger öffentlich anzuprangern. Die vordringliche Aufgabe der Politik muss es sein, Rahmenbedingungen für eine nachhaltige landwirtschaftliche Entwicklung in Nord und Süd zu setzen und nicht den Interessen des Big Business zu dienen.

9. Literaturverzeichnis

Advisory Group „Cereals, Oilseeds and Protein Crops“ (2008): Minutes of the meeting, Brüssel, 26 September 2008.

AHGZ (Allgemeine Hotel- und Gastronomiezeitung) Nr.18 vom 3. Mai 2008: Interview der Woche mit Steven Verweij von Unilever. „Lebensmittel bleiben teuer“.

ASBL Association of Poultry Processors and Poultry Trade in the EU Countries (2009): Jahresbericht 2008.

AVEC (2009): Annual Report 2008.

BASF (2009): Konzernlagebericht 2008.

Bayer (2009): Präsentation Lehman Brothers Global Chemical Industry Leaders Conference von Dr. Rüdiger Scheitza, Member of the Board of Management of Bayer CropScience AG, 4. April 2008.

Bayer (2008): „Wir brauchen eine zweite grüne Revolution“ Ernährungssicherung für eine wachsende Weltbevölkerung, Pressemitteilung vom 20. August 2008.

Berguerand, Jacques (2009): Landraub durch Staaten und Multis, in: Archipel Nr. 168 – Zeitung des Europäischen Bürgerforums, Februar 2009.

Biney, Ama (2009) „Land Grabs: Another scramble for Africa“ in: Pambazuka News, 17.09.2009.

Berschauer, Friedrich (2009): Grüne Gentechnik und gesellschaftliche Verantwortung, in: Bundeszentrale für politische Bildung. 18.3.2009. <http://www.bpb.de/themen/8ZVWMC.html>.

Bunge (2008): Rede Soren Schröder, Generaldirektor Bunge Europe Agribusiness auf dem 1. Syngenta-Forum zur Zukunft der Landwirtschaft im April 2008.

BVE (2008a): Positionspapier der Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie e.V. „Anforderungen an eine gesicherte globale Rohstoffverfügbarkeit des Ernährungssektors“ vom Oktober 2008.

BVE (2008b) Pressemitteilung der Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie „Leitlinien zur 'Grünen Gentechnik'“ vom 07.11.2008.

CIAA (2008a): Policy Recommendations. Input into the High Level Group on the Competitiveness of the Agro-food industry. Dezember 2008.

CIAA (2008b): „EU food/feed industries want GMO flexibility“, Pressemitteilung vom 16. Juni 2008 in <http://www.allaboutfeed.net/news/eu-food-feed-industries-want-gmo-flexibility-id1983.html>.

CIAA (2006): Benchmarking Report 2006: „The calculation of extra costs of production of non-GM animal feed includes surplus raw material costs, production cost and costs of audits and analysis. Surplus costs are estimated at 2.4 % on average in a sector that is known to have relatively low margins.“.

CIAA (2009): Comments and reaction on the European Commission's Communication „Food Prices in Europe“ – COM (2008) 821/4. 18. Februar 2009.

CELCAA (2008): CELCAA comments on the CAP Health Check. Pressemitteilung vom 25. Februar 2008.

Coceral, FEFAC (2007): „Es ist schon fünf nach zwölf“. Gemeinsame Pressemitteilung vom 22. November 2007.

COM (2007): The Changing Face of EU Agricultural Trade. Monitoring Agri-trade Policy (MAP). No. 02-07. July 2007. Brüssel.

COM (2008): Commission staff working document. Accompanying document to the Communication from the Commission to the Council, the European Parliament, the European Economic and Social Committee and the Committee of the Regions. Towards a coherent strategy for a European Agricultural Research Agenda Brussels, 15.12.2008 SEC(2008)3041.

Crowley, Laura (2008): "Biofuels policy requires focus on sustainability, says CIAA" 27. März 2008. <http://www.foodnavigator.com/Financial-Industry/Biofuels-policy-requires-focus-on-sustainability-says-CIAA>.

CTA (2009). Reader „Resources on Land access and rural development“, Februar 2009.

Der Spiegel (2009): Globale Nahrungsmittelkrise - Alle sechs Sekunden verhungert ein Kind. 7. April 2009.

ECOSOC (2008): Consideration of reports submitted by states parties under articles 16 and 17 of covenant. Concluding Observations of the Committee on Economic, Social and Cultural Rights. India. Mai 2008.

EDA (2008a): EU dairy industry disappointed about breakdown of WTO negotiations. Call for further development of trade agreements. Pressemitteilung vom 31. Juli 2008.

EDA (2008b): Commission sacrificing Dairy for WTO deal. Pressemitteilung vom 14. Februar 2008.

EDA (2008c): Brennpunkte 2. Semester 2008.

El Amin, Ahmed (2008): "EU's food and drink industry calls for action on bio-fuelled price rises" unter <http://www.gasandoil.com/goc/news/nte71384.htm> vom 8. März 2008.

ESA-SOF (2008): Stellungnahme vom 15. Oktober 2008.

ESA (2009): Call for Action. Brüssel. März 2009.

ESA (2007): Lobbying für die Pflanzenzucht - Moderne Interessenvertretung für eine Zukunftsbranche, Jubiläumsveranstaltung 80 Jahre I.G. Pflanzenzucht Würzburg. Garlich v. Essen Generalsekretär ESA European Seed Association. 15. Juni 2007.

EUCOLAIT (2008): Brief von Wim Kloosterboer, Vorsitzender von EUCOLAIT. 22. Mai 2008.

EuroCommerce (2009): Jahresbericht2008/ Aktionsplan 2009.

FAO (2008): Food Price Indices, in: <http://www.fao.org/worldfoodsituation/FoodPricesIndex/en/>.

FEFAC (2009a): Stellungnahme vom 30. April 2009 zur Gemeinsamen Agrarpolitik nach 2013.

FEFAC (2009b): Newsletter Feed Facts, April 2009.

FEFAC (2008a): Newsletter Feed Facts, Dezember 2008.

FEFAC (2008b): „Mischfutterproduktion 2007 in der EU-27: 150 MIO. T“, Brüssel, 6. Juni 2008.

FEFAC (2007): Newsletter Feed Facts, November 2007.

Ferroni, Marco (2008): Die Lebensmittelverknappung von 2008: Problemdiagnose und Lösungsansatz Syngenta Stiftung für nachhaltige Landwirtschaft. 24. Juli 2008.

- Financial Times** (2008): „Nestlé asks EU to soften line on GM“. 22. Juni 2008.
- Fischer Boel, Mariann** (2008a): Rede der EU-Agrarkommissarin zum 50jährigen Bestehen des Verbandes der Getreidehändler Coceral am 23.05.2008.
- Fischer Boel, Mariann** (2008b): Rede der EU-Agrarkommissarin auf der Konferenz „Who will feed the World“ am 03.07.2008 in Brüssel.
- Fischer Boel, Mariann** (2008c): Rede der EU-Agrarkommissarin auf der Konferenz „Food Security“ am 03.06.2008 in Ljubljana.
- Fischler, Franz** (2009): Eröffnungsrede auf dem 2. Forum zur Zukunft der Europäischen Landwirtschaft. http://www.syngenta.com/de/media/eventsandpresentations_2ndforum2009.html.
- Der Focus** (2008a) Till Behrend, Stefan Borst, „Hunger nach Gen-Getreide“. Nr. 20.
- Der Focus** (2008b): Thomas Wolf, „Hunger nach Renditen“. Nr. 19.
- Grain Club** (2009): „Wettbewerbsfähigkeit stärken - Herausforderungen für die deutsche Agrarwirtschaft meistern“. 3. April 2009.
- Herren, Hans Rudolf** (2009): „Die Ernährungskrise – Ursachen und Empfehlungen“ in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 6-7/2009, 2. Februar 2009.
- HLG** (2009): Report on the Competitiveness of the European Agro-Food Industry. European Commission Enterprise and Industry Directorate General Food Industry Unit. 17. März 2009.
- Hoering, Uwe** (2009): Ernährungssicherheit oder Agrarkolonialismus? Die neue Landnahme, in: Weltwirtschaft & Entwicklung, Februar 2009.
- IAASTD** (2008): Weltagrarbericht, siehe auch: <http://www.weltagrarbericht.de/>.
- INSM** (2008): Soziale Ideen zur Sicherung der weltweiten Ernährung. Pressemitteilung der INSM vom 3. Juni 2008.
- IPPC** (2008): Vierter Sachstandsbericht des Intergovernmental Panel on Climate Change, Klimaänderung 2007: Zusammenfassung für politische Entscheidungsträger, in: <http://www.de-ipcc.de>.
- IPS** (2009): Foreigners lead Global Land Rush. Stephen Leahy, Agriculture. 5.5.2009: <http://ipsnews.net/news.asp?idnews=46724>.
- Nachdenkseiten** (2005): Artikel „Das Prinzip aller Dinge ist das Wasser, denn Wasser ist alles und ins Wasser kehrt alles zurück (Thales von Milet 625-547 v. Chr.)“ von Christine Wicht und Carsten Lenz, 18. Oktober 2005 unter <http://www.nachdenkseiten.de/>.
- Rise** (2009): Einführungsreferat Franz Fischler, Chairman of the RISE Foundation, auf dem 2. Forum for the Future of Agriculture. März 2009, Brüssel.
- Oxfam** (2008): Double-Edged Prices. Oxford. Lessons from the food price crisis: 10 actions developing countries should take. Oxford.
- Schmid, Bernhard** (2008): „Nach den Hungerrevolten ist vor den Hungerrevolten. Eine vorläufige Bilanz des Welternährungsgipfels in Rom, und die Situation in mehreren westafrikanischen Ländern nach den Hungerrevolten in den letzten Monaten“ veröffentlicht unter [Labournet.de](http://labournet.de).

- Schröder, Soren** (2008): Rede von Soren Schröder, Generaldirektor Bunge Europe Agribusiness auf dem 1. Syngenta-Forum zur Zukunft der Landwirtschaft, April 2008.
- Syngenta** (2008a): Präsidialadresse von Martin Taylor, Ordentliche Generalversammlung der Syngenta AG, Basel. 22. April 2008.
- Syngenta** (2008b): Rede von John Atkin, Geschäftsführer bei Syngenta auf dem 1. Forum on the Future of European Agriculture. Brüssel, 27. März 2008.
- Syngenta** (2008c): Christian d'Hondt, Head of Research & Development Interactions, Syngenta auf der „First International Conference on Agrochemicals Protecting Crop, Health and Natural Environment“, 2008.
- Syngenta** (2008d): Forum ruft zu integriertem Ansatz für Nahrungsmittelsicherheit und Umweltschutz in Europa auf. Gemeinsame Pressemitteilung mit der European Land Owners' Organisation vom 27.3. 2008.
- Syngenta** (2008e): Syngenta Jahresabschluss 2007. Geschäftsergebnis spiegelt ausgezeichnete Stellung in positivem Marktumfeld wider. Pressemitteilung vom 7. Februar 2008.
- Syngenta** (2009): Jahresabschluss 2008. 6. Februar 2009.
- TAB** (2008): Transgenes Saatgut in Entwicklungsländern – Erfahrungen, Herausforderungen, Perspektiven, Arnold Sauter (Hrsg.), Berlin 2008.
- The Economist** (2009a): „Outsourcing's third wave“. 23. Mai 2009.
- The Economist** (2009b): „Green Shoots“. 21. März 2009.
- The Economist** (2008): „Briefing: Food and the poor. The new face of hunger. “. 19. April 2008.
- UECBV** (2008): Brief des Vorsitzenden der UECBV Laurent Spanghero an Markos Kyprianou, Mitglied der EU Kommission. 11. Februar 2008.
- USDA** (2008): Grain: World Markets and Trade, in: <http://www.fas.usda.gov/grain/circular/2008/11-08/graintoc.asp>.
- von Braun, Joachim** (2008) „Steigende Nahrungsmittelpreise - Was ist zu tun?“, International Food Policy Research Institute (IFPRI) Policy Brief, April 2008.